Nr. 112 — Halle a. S., Mittwoch den 16. Mai 1906. — **17. Jahrg.**

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
✚
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
✚
„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
✚
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Insertionsgebühr beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. für auswärt. Anzeig. 25 Pfg.
Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
✚
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
✚
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Internationale Streit- und Machtfragen.

Unberührt von den weltgeschichtlichen Umwälzungen im Innern geht die auswärtige Politik Rußlands zunächst noch ihren alten Gang. Außenpolitische Probleme sind, soweit man sehen kann, den revolutionären Parteien in Rußland noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen. Da herrscht noch völlig die ungebrochene Macht des Zarismus. Um so interessanter ist es, zu sehen, wie die auswärtige Politik des Zaren eine tiefgreifende Wandlung langsam vorzubereiten sucht: die Aussöhnung mit England.

Vor einem Jahrzehnt und länger hallte alle Welt wider von dem Geschrei der englischen Isolierung und der gemeinsamen Gegnerschaft gegen England, die Rußland und Frankreich mit Deutschland zusammenführen werde. Vor zwei Jahren haben England und Frankreich sich verständigt, und die Marokkoaffäre hat gezeigt, wie fest diese Verständigung war. Heute scheint etwas Aehnliches sich zwischen England und Rußland vorzubereiten. Aus dem antienglischen Dreibund: Rußland-Frankreich-Deutschland ist schon jetzt der antideutsche Zweibund England-Frankreich geworden, und wird wohl ein neuer Dreibund England-Frankreich-Rußland werden.

Die Tatsachen, worin sich die englisch-russische Gemeinsamkeit gezeigt, haben in den letzten Wochen einigen Staub aufgewirbelt, und werden es vielleicht auch noch weiter tun. Es ist daher nicht unwichtig, sie zu kennen.

Es handelt sich in beiden Fällen, die hier in Betracht kommen, um die Türkei. Die Türkei ist ein altes Kampfobjekt zwischen England und Rußland. Rußland drängte nach der Meerenge, die das Schwarze Meer mit dem Weltmeer verbindet, das heißt, nach Konstantinopel; England schützte die Türkei gegen diesen russischen Druck. Das war die Situation, die die letzten achtzig Jahre etwa bestand. Nun aber hat sich das Blatt gewendet: England drückt von Aegypten her gegen die asiatische Türkei, und Rußland leistet ihm Beistand. Es sieht beinahe so aus, als läge ein gemeinsames Aktionsprogramm Rußlands und Englands gegen die türkische Herrschaft vor.

Das letzte Ziel der englischen Politik gegenüber der Türkei, soweit englische Zeitungen davon gelegentlich sprachen, ist die englische Herrschaft über Arabien, das heute noch zur Türkei gehört. Arabien birgt die beiden heiligen Orte des Islams, Mekka und Medina. Wer dort herrscht, erscheint den Mohammedanern in der ganzen Welt als ihr rechtmäßiger Herr. Mit Stolz schrieb jüngst die Times, England sei der „größte mohammedanische Staat“; das heißt, die meisten Mohammedaner lebten heute schon unter englischer Herrschaft (Indien, Aegypten, Sudan, Ostafrika). Es liegt auf der Hand, was eine englische Herrschaft in Mekka für Englands Stellung im ganzen Orient zu bedeuten hätte.

Andere, realere Gründe kommen hinzu, den Engländern Arabien begehrenswert erscheinen zu lassen. Es schwirren Eisenbahnprojekte aller Art durch die Luft, die die arabische Wüste erschließen sollen; eins, das von Süden nach Norden, eins, das von Westen nach Osten gehen soll; letzteres für die Verbindung Indiens mit Aegypten auf dem Landwege von entscheidender Bedeutung. Aber auch die Türkei plant eine Bahn von Norden nach Süden, von Damaskus bis Mekka. Sie ist schon halb fertig; deshalb hat die Sache für die Engländer eine ziemliche Gefahr. Diese türkische Bahn würde den englischen Landweg nach Indien durchschneiden, würde den Türken in der englischen Flanke eine bedeutende Machtstellung gewähren und könnte sogar die Erträgnisse des englischem Kapital gehörigen Suezkanals bedenklich erschüttern, indem sie einen Teil des Verkehrs von ihm abzieht.

Diese gewaltigen Gegensätze, die seit Jahren bestehen, sind in den letzten Wochen plötzlich akut geworden. Die Engländer wollten einen kleinen Ort, Taaba mit Namen, militärisch besetzen und in eine Festung verwandeln, der einige Kilometer westlich von dem türkischen Hafen Akaba an der Ostseite der Sinaihalbinsel liegt. Sie hätten von dort den Hafen Akaba mit ihren Geschützen bestreichen können. Aber als sie nach Taaba kamen, fanden sie es durch eine türkische Abteilung bereits besetzt. Nun geht der Streit darüber, ob nach den alten Grenzverträgen zwischen Aegypten und der Türkei der Ort Taaba zu diesem oder jenem gehöre. Die Engländer haben der Türkei angeboten, diese Frage durch eine gemeinsame Kommission prüfen zu lassen; nur sollte die türkische Abteilung aus Taaba vorerst sich wieder zurückziehen. Die Türken lehnten das ab, worauf die Engländer ein Ultimatum stellten, das am 13. Mai ablief; sie drohten mit Krieg, falls die türkische Regierung nicht nachgäbe.

Inzwischen hat die Türkei nachgegeben. Am Freitag richtete die Pforte an den britischen Botschafter in Konstantinopel eine Note, worin erklärt wird, daß die türkische Regierung nie beabsichtigt habe, den status quo auf der Sinai-Halbinsel zu ändern, sondern nur ihre Rechte zu wahren. Nachdem offiziell versichert worden sei, daß auch Aegypten die strittigen Punkte zu besetzen nicht beabsichtige, habe die Pforte beschlossen, ihre Truppen zurückzuziehen. Sie habe davon dem Khedive Mitteilung gemacht, damit die ägyptischen Behörden mit den türkischen Behörden und den türkischen Generalstabsoffizieren über Feststellung und Sicherung des status quo in Verbindung treten.

Das ist genau das, was die britische Regierung verlangt hatte.

Trotzdem bleibt die Affäre wichtig, weil es das erste Mal ist, daß Rußland eine englische Forderung gegenüber der Türkei unterstützte. Wenigstens hat das Reutersche Bureau, das zur englischen Regierung in ungefähr demselben Verhältnis steht, wie das Wolffsche zur deutschen, am 5. Mai die Nachricht gebracht, der französische und der russische Botschafter in Konstantinopel hätten die Vorstellungen ihres englischen Kollegen dort unterstützt. Für Frankreich war das selbstverständlich nach dem französisch-englischen Abkommen von 1904. Für Rußland bedeutet es eine völlige Schwenkung.

Ein ähnlicher Grenzstreit, aber von minder weittragender Bedeutung, hat sich gleichzeitig an der persisch-türkischen Grenze abgespielt. Auch hier haben Rußland und England in gemeinsamer Aktion die persischen Ansprüche in Konstantinopel vertreten, und die türkische Regierung, wie die letzten Nachrichten ergeben, den Rückzug begonnen. Im Zusammenhang mit jenem arabischen Streitfall gewinnt auch diese Einzelheit ein größeres Interesse.

Vor etwa einem Monat hat der damalige russische Finanzminister einem Vertreter des französischen Matin erklärt, er sei für eine wirtschaftliche und politische Annäherung zwischen Großbritannien und Rußland lebhaft interessiert. Damals mochte das Interesse der russischen Anleihe ihm diese Annäherung noch besonders wünschenswert machen; aber er hat doch ausdrücklich auch von politischer Annäherung gesprochen. Der Minister hat inzwischen seinen Posten verlassen. Aber die Politik, die er damals empfahl, ist geblieben.

Und sie wird bleiben, auch wenn die neue Duma einen entscheidenden Einfluß auf die auswärtige Politik erlangt. Wenn schon der Zar selber, trotz Königsberg, trotz Deserteurzurücklieferung, trotz verwandtschaftlicher Beziehungen von Deutschland ab nach England rückt, so haben die Konstitutionelldemokraten, die die Duma beherrschen, sicherlich keinen Grund, zur deutschen Freundschaft zurückzutreiben. Ein demokratisches Rußland wird erst recht zur kolonialen Verständigung mit England nach französischem Vorbilde drängen. Sympathien für das offizielle Deutschland gibt es in diesen Kreisen sicherlich nicht.

Die deutsche Regierung hat alle Trümpfe auf die Karte des Zarismus gesetzt. Sie hat damit doppelt verspielt. Es kann das unabsehbare Folgen für den Frieden und unseren wirtschaftlichen Fortschritt haben. Aber die Arbeiterklasse kann sich die Hände in Unschuld waschen. Sie kann nur immer wieder zeigen, in welche Gefahr und in welche Sackgasse der gefeierte Diplomat Bülow uns führt.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 15. Mai 1906.

Der Reichstag

schien sich am Montag nach des Genossen Singer treffendem Worte in einen Bankierstag verwandelt zu haben. Mit der breiten Erörterung der internsten Angelegenheiten der Burg- und Behrensstraße schlugen die Koryphäen der Berliner Bankokratie, die Kämpf sen. und Mommsen jun., die Zeit des Reichstags tot. Unsere Fraktion stimmte der zur Verhandlung stehenden Novelle zum Börsengesetz im wesentlichen zu. In ihrem Namen erklärte Singer ihr Einverständnis zu Verhütungsmaßregeln gegenüber Steuerhinterziehungen seitens der Aktiengesellschaften und zur Befreiung der Reichs- und Staats-

---

57]

Waterloo.

Erzählung von Erckmann-Chatrian.

Mehrere erzählten, wir wären alle lustig gewesen und hätten gesungen, aber das ist falsch! Wenn man die ganze Nacht marschiert ist, ohne Ration zu empfangen, wenn man im Wasser gelegen hat mit dem Verbote, Feuer anzuzünden und wenn man Kartätschensalven entgegengeht, so nimmt das die Lust zu singen. Wir waren sehr zufrieden, unsere Schuhe aus den Löchern ziehen zu können, in die man bei jedem Schritt versank; das feuchte Getreide machte uns die Schenkel naß, und die Mutigsten und Abgehärtetsten machten eine sehr verdrießliche Miene.

Allerdings spielten die Musikchöre die Märsche ihrer Regimenter, allerdings machten die Trompeten der Kavallerie, die Trommeln, Pauken und Posaunen der Infanterie, die alle durcheinander klangen, wie immer einen furchtbaren Lärm. Allerdings rückten alle diese Tausende von Soldaten in guter Ordnung, mit langen Schritten, den Tornister auf dem Rücken, das Gewehr auf der Schulter, vor: die weißen Reihen der Kürassiere, denen die roten, braunen und grünen Reihen der Dragoner, Husaren und Lanciers, deren Fähnchen wie Schwalbenschwänze in der Luft flatterten, folgten; die Kanoniere zwischen den Brigaden, um ihre Geschütze reitend, die bis zu den Achsen in die Erde einschnitten, — und alles dies ging mitten durch die Felder hindurch, auf denen nicht eine Aehre stehen blieb, — wahrlich, man konnte nichts Entsetzlicheres sehen.

Und die Engländer gegenüber in guter Schlachtordnung, ihre Kanoniere mit brennenden Lunten, gaben ebenfalls Stoff zum Nachdenken. Allein dies ergötzte das Auge nicht so sehr wie mehrere sagen: Leute, die sich den Kanonenschüssen gern als Zielscheibe hergeben, sind noch ziemlich selten.

Vater Goulden sagte mir wohl, daß zu seiner Zeit die Soldaten gesungen hätten, aber dies kam daher, weil sie freiwillig und nicht aus Zwang in das Feld zogen. Sie schlugen sich, um ihre Scholle Landes und die Menschenrechte, die sie mehr als die Augen in ihrem Kopfe liebten, zu schützen, und das ist etwas anderes, als sich die Knochen dafür zerschlagen zu lassen, daß man erfährt, ob man alten oder neuen Adel haben soll. Ich habe weder zu Leipzig noch zu Waterloo singen hören.

Wir marschierten und die Musikchöre spielten auf höheren Befehl; und sobald die Musikchöre schwiegen, folgte ihnen das tiefste Schweigen. Jetzt waren wir auf der Höhe des kleinen Tales, tausend oder zwölfhundert Schritt vor dem linken Flügel der Engländer. Wir bildeten den Mittelpunkt unserer Armee; reitende Jäger nebst Lanciers breiteten sich auf unserer rechten Flanke aus.

Man nahm Abstand und schloß die Lücken enger. Die erste Brigade der ersten Division schwenkte links ein und ritt die Chaussee entlang. Unser Bataillon gehörte zur zweiten Division. Wir standen also in erster Reihe mit einer einzigen Brigade der ersten vor uns. — Man ließ alle Geschütze unserer Front Aufstellung nehmen; die der Engländer zeigten sich gegenüber in gleicher Höhe. Und fort und fort strömten noch andere Divisionen herbei, um uns Beistand zu leisten. Man hätte glauben sollen, die ganze Erde marschierte, die Alten sagten:

„Das sind Milhaud's Kürassiere! Das dort sind Lefebvre-Desnoettes reitende Jäger! Dort drüben steht Lobaces Korps!“

Auf allen Seiten sah man, so weit das Auge reichte, nur Kürassiere, Helme, Bärenmützen, Säbel, Lanzen und Reihen von Bajonetten.

„Was für eine Schlacht!“ rief Buche; „wehe den Engländern!“

Und ich dachte wie er, ich glaubte, daß kein einziger Engländer entkommen würde. Man kann sagen, daß wir an diesem Tage Unglück gehabt haben; ohne die Preußen glaube ich noch heute, daß wir alles niedergemacht hätten.

Während der zwei Stunden, daß wir mit dem Gewehr beim Fuß dastanden, erblickten wir fast die Hälfte unserer Regimenter und Schwadronen; es geschah immer etwas Neues. Wie ich mich erinnere, hörte man plötzlich nach Verlauf einer Stunde, wie sich zu unserer Linken der donnerähnliche Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ erhob; dieser Ruf näherte sich und wurde immer lauter; man erhob sich mit langem Halse auf den Fußspitzen, und der Jubel verbreitete sich durch alle Reihen; zuletzt wieherten selbst die Pferde, als hätten auch sie rufen wollen, und in diesem Augenblicke sprengte ein Schwarm Generäle in gestrecktem Laufe vor unserer Front vorbei. Napoleon befand sich darunter, und ich glaube ihn gesehen zu haben, bin dessen aber nicht sicher; er ritt so schnell, und so viele Soldaten erhoben ihre Tschakos auf den Spitzen ihrer Bajonette, daß man kaum Zeit hatte, inmitten der betreßten Uniformen seinen runden Rücken und seinen grauen Mantel zu erkennen. Kaum hatte der Hauptmann kommandiert: „Gewehr auf!“ so war schon alles vorüber.

So sah man es immer, wenn man nicht etwa bei der Garde stand.

Als er vorüber war, als sich die Rufe nach rechts und immer weiterhin gezogen hatten, kam jedem der Gedanke, daß die Schlacht in zwanzig Minuten ihren Anfang genommen haben würde. Allein es dauerte weit länger. Ungeduld erfaßte die Leute; die Konskribierten des Korps Erlon, welches am Tage vorher nicht ins Feuer gekommen war, begannen zu rufen: „Vorwärts!“ als endlich gegen Mittag die Kanonade auf dem linken Flügel dröhnte, und in derselben Sekunde erst Bataillons- dann Rottenfeuer folgte, man sah nichts, es war auf der anderen Seite des Weges, der Angriff auf Hougoumont.

Sofort brach wieder der Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ los. Die Kanoniere unserer vier Divisionen standen bei ihren Geschützen, die den ganzen Hügel entlang zwanzig Schritt von einander aufgestellt waren. Beim ersten Kanonenschuß begannen sie zu laden. Ich sehe sie noch in einer Reihe die scharfe Kartusche einsetzen, sie alle zugleich hinunterstoßen, sich in die Höhe richten und die Lunte schwingen; man hätte es eine einzige Bewegung nennen können, und dieser Anblick jagte Beben ein. Die Geschützführer dahinter, fast sämtlich alte Soldaten, kommandierten wie auf der Parade; und als diese achtzig Geschütze zusammen Feuer gaben, hörte man nichts mehr, das ganze Tal war von Rauch bedeckt.

Nach einer Sekunde konnte man trotz des Brausens vor den eigenen Ohren wieder die ruhige Stimme dieser Alten hören:

„Ladet! Stoßt hinunter! Richtet! Feuer!“

Und dies hielt ohne Unterbrechung eine halbe Stunde an. Man sah sich schon nicht mehr; aber auf der anderen Seite hatten die Engländer ebenfalls das Feuer begonnen; das Sausen ihrer Kugeln in der Luft, ihr zischendes Einschlagen in den Kot, und dieses eigentümliche Geprassel, sobald die Gewehre zerbrochen und die Menschen mit zerschmetterten Gliedern zwanzig Schritt rückwärts leblos niedergeworfen wurden oder mit einem Arm oder einem Bein weniger hinsanken: dieses eigentümliche Geprassel mischte sich mit dem dumpfen Donner. Die Zerstörung begann.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060516-15/fragment/page=0001
DFG

papiere von der Stempelsteuer. Wir verlangten außerdem eine Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die Kommunalpapiere, eine Forderung, die von den freisinnigen Mannesseelen zaghaft fallen gelassen wurde und die die Mehrheit des Hauses auf ein Augenzwinkern vom Regierungstisch her ablehnte. Schnell wurde die erste Lesung der Vorlage über Schaffung von Reichskassenscheinen zu 10 Mk. beendet. Die Vornahme auch der zweiten Lesung scheiterte an dem Widerspruch des Dr. Arendt, der seine Talerrede noch nicht ausgearbeitet hatte und deshalb mit Erfolg die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelte. — Am Dienstag soll der Diäätenknochen in Sicherheit gebracht und wenn dann noch Zeit übrig ist, das Mantelgesetz, sozusagen die Umhüllung zu dem lieblichen Steuerbukett, in Angriff genommen werden.

Preußischer Landtag.

Im Abgeordnetenhause wurde am Montag der Antrag des Abg. Frhrn. v. Zedlitz (freik.) auf stärkere Heranziehung der Betriebsgemeinden zu den Lasten der Wohngemeinden in einer durch einen nationalliberalen Antrag etwas abgemilderten Form in zweiter Beratung angenommen. Ferner wurde angenommen eine freisinnige Resolution, die eine Reform des Kommunalabgabengesetzes verlangt. Ein konservativer Antrag auf Heranziehung aller Wirtschaftsvereine zur Einkommensteuer wurde der Handels- und Gewerbe-Kommission überwiesen, während ein Antrag des Freikonservativen Dr v. Wolna, wonach auf Staatsfonds übernommen werden sollen die von den Pächtern von Staatsdomänen infolge des neuen Kreis- und Provinzial-Abgabengesetzes zu zahlenden erhöhten Kreissteuern, der Regierung zur Erwägung überwiesen wurde. Schließlich wurde die Novelle zum Einkommen- und Ergänzungssteuergesetz mit all den Verschlechterungen, die in der zweiten Lesung beschlossen worden sind, in dritter Beratung erledigt. Am Dienstag wird der oben erwähnte Antrag v. Zedlitz in dritter und das Sekundärbahngesetz in zweiter Beratung verhandelt werden.

Ein Schnorrer und Verschwörer.

Die bürgerliche Presse ohne Unterschied der Partei feierte am Montage das Andenken des amerikanischen Staatsmannes und Generals Karl Schurz, der am Sonntage in New York gestorben ist. Auch die Nordd. Allgem. Zeitung nimmt an erster Stelle von dem Hinscheiden des aus Deutschland stammenden fremdländischen Politikers Notiz; sie weiß aber ihren Lesern aus der deutschen Vergangenheit des Verstorbenen nur soviel zu erzählen: „Karl Schurz, 1829 in Liblar bei Köln geboren, lebte seit 1852 in Amerika. Dort wurde er bald einer der einflußreichsten Führer der republikanischen Partei.“ Das Organ der preußischen Regierung schämt sich der Tatsache, daß es in Preußen einmal eine Revolution gegeben hat, so sehr, daß sie über die Umstände, denen Schurz seinen deutschen Ruhm verdankt, mit verlegenem Schweigen hinweghuscht. Kein Wort davon, daß Schurz ein alter Achtundvierziger war, daß er mit Marx, Schapper, Kinkel u. a. an der Spitze der rheinischen Sozialdemokratie stand, später als Soldat der deutschen Revolution am Sturme auf das Siegburger Zeughaus teilnahm, bei Rastatt gefangen und wieder flüchtig, verkleidet und mit falschen Papieren nach Deutschland zurückkehrte, um mit ungeheurer Kühnheit den Dichter Kinkel aus der Spandauer Festung zu befreien. Die Nordd. Allgem. Zeitung nennt Schurz „den bedeutendsten Vertreter der zahlreichen Deutschen, die jenseits des Ozeans eine zweite Heimat gefunden haben“ — daß er aus seiner ersten Heimat, dem Lande der Hohenzollern, als ein verzweifelnder Patriot, ein Gehetzter und Verfolgter geflohen war, davon weiß das Organ der preußischen Regierung kein Wörtchen zu erzählen!

Die schamhafte Verschwiegenheit der Norddeutschen hat ihre guten Gründe nicht nur in der allgemeinen Abneigung aller Bülows und Bethmanns vor dem „Lüdergeruch der Revolution,“ sondern auch in den besonderen zeitlichen Umständen, unter welchen sich die Offiziöfin ihre Totenklage vom Herzen abpressen mußte. Am Sonnabend, in den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses, hat sich Preußen brutaler denn je als das Land gezeigt, das die „politisch Verdächtigen“ des Auslandes schonungslos von dannen hetzt. Wie jetzt die russischen Studenten nach Preußen, so kam der Student Karl Schurz vor vierundfünfzig Jahren nach Amerika. Man denke, vor vierundfünfzig Jahren — damals schon haben die Vereinigten Freistaaten Pflichten des Gastrechts und der Humanität geübt, die der ostelbische Junkerstaat heute noch mit Füßen zu treten sich erdreistet! Sie haben den „Schnorrer und Verschwörer“ aus Preußen nicht nur bei sich geduldet, sondern ihn zu ihrem Bürger erhoben, und jene Schätze der „Begabung, Tatkraft und des Charakters,“ die die Norddeutsche heute dem Toten nachrühmt, die aber der preußische Polizeistaat einst brutal zerstören wollte, haben sie im Dienste der Oeffentlichkeit nutzbar gemacht. Hätten vor vierundfünfzig Jahren alle Staaten jene erhabenen Grundsätze gehandhabt, die heute noch in Preußen im Schwunge sind, so wäre Karl Schurz auf dem Mist krepiert. Und das wäre den Drahtziehern der Berliner Wilhelmstraße offenbar auch das liebste gewesen, damals wäre sein Tod ihnen nicht so ungelegen gekommen wie jetzt, da er sie zwingt, sich selber an den Pranger zu stellen. Das Gute, das Amerika vor vierundfünfzig Jahren an Karl Schurz getan, bedeutet für das Preußen der Schnorrer und Verschwörerhetze heute noch eine brennende moralische Züchtigung. Man begreift, daß die Nordd. Allgem. Zeitung nicht gerne davon spricht!

Militaristischer Uebermut und liberale Bescheidenheit.

Am Montag vormittag hat sich, wie das Berliner Tageblatt zu berichten weiß, in Berlin an der Kreuzung der Wilhelm- und Leipzigerstraße eine aufregende Szene abgespielt. Ein militärischer Aufzug, der die Wilhelmstraße entlang marschierte, hemmte in empfindlicher Weise den Verkehr, der an jener Straßenkreuzung besonders lebhaft ist. Straßenbahnwagen, Omnibusse, Droschken und große Massen von Fußgängern stauten sich in langen Reihen und erwarteten ungeduldig das Ende des überflüssigen militaristischen Aufzuges. Da versuchte ein junger Mann, der es besonders eilig zu haben schien, die Lücke zwischen zwei Zügen zum Durchschlüpfen zu benutzen, gerade dort wo hinter dem Pferde des Hauptmanns ein junger Leutnant einherstolzierte. „Was jetzt geschah“, schreibt das Tageblatt, war ein Werk des Augenblickes; ehe noch der junge Mensch seinen Fuß vor den Leutnant gesetzt hatte, **blitzte dessen Klinge auf, sauste auf den Kopf des Jünglings nieder,** fegte dessen schwarzen Hut in den Rinnsteinn und schleuderte dessen Inhaber gegen die Bordschwelle.“

Das militärfromme Tageblatt meint, der junge Mann sei gewiß nicht befugt gewesen, durch den militärischen Zug zu „brechen“, aber ein „sanfter Stoß mit der Hand“ würde genügt haben. Wir sind auch nicht dafür, daß Leutnants Zivilisten, die vielleicht eine viel dringendere Beschäftigung haben als in der Wilhelmstraße Stehschritt zu machen, mit „sanften Stößen“ traktieren sollen. Die Hemmung des Geschäfts-Verkehrs durch militärische Aufzüge ist überhaupt ein Unfug, glaubt man aber schon trotzdem Marschübungen durch die belebtesten Straßen einer Weltstadt machen zu müssen, so kann man die Züge so anordnen, daß den Passanten der Durchgang ermöglicht wird. So geschieht es in allen Staaten außerhalb Preußen-Deutschlands, ohne daß das Heiligtum der militärischen Ordnung Schaden litte. In Berlin ist aber vor Jahr und Tag sogar der Führer eines Feuerwehrwagens angeklagt worden, weil er glaubte, daß die Rettung von Gut und Leben der schönen Ordnung eines malerischen Aufzuges vorangehe.

Die ganze Geschichte ist vom Anfang bis zum Ende preußisch. Preußisch ist die Nichtachtung des geschäftlichen Verkehrs von seiten der Behörden, preußisch die Brutalität des jungen Leutnants von der Garde, der es für ein Heldenstück hält, einen harmlosen Zivilisten mit dem Säbel zu traktieren, und preußisch, über alle Maßen preußisch ist der „entschiedene Liberalismus“, der Säbelhiebe durch — „sanfte Stöße“ ersetzt wissen will. Derselbe Liberalismus ist sehr empfindlich, wenn er gelegentlich von der Sozialdemokratie einen „sanften Stoß“ erhält. Freilich, wenn's einem von einem Leutnant passiert, ist's immer noch eine Ehre!

Die Zusammenkunft Wilhelms II. mit dem Zaren soll ostpreußischen Blättern zufolge in Ostpreußen stattfinden.

Alldeutsche Tollheit. Während die deutsche Regierung wegen der Grenzverletzung durch eine südwestafrikanische Abteilung, die trotz des Einspruchs der Kappolizei Morenga auf englisches Gebiet folgte, sofort um Entschuldigung gebeten und derartige Mißgriffe für die Zukunft verhindern zu wollen erklärt hat, spendet die alldeutsche Presse der Abteilung, die sich der Grenzverletzung schuldig machte, stürmisches Lob. So ruft die Deutsche Ztg.: „Bravo, Abteilung Bech!“ Zugleich tadelt sie die deutsche Regierung, weil sie „wieder einmal recht eiffertig“ gewesen sei. „Nach außen hin mag man ja ruhig ein bißchen Entschuldigungstheater spielen. Aber nur keine Eiffertigkeit! Und vor allem: Keine wirkliche Bußfertigkeit!“

Den alldeutschen Narren genügt die Isolierung Deutschlands noch nicht, sie möchten gar zu gern einen offenen Konflikt heraufbeschworen sehen!

Der Eisenacher Wahlkrawall hat noch ein gerichtliches Nachspiel gehabt. Die Darstellung der Vorgänge bei dem sogenannten Wahlkrawall in Eisenach, wie sie der Bezirksdirektor Trautvetter in Eisenach beliebt hatte, hat bekanntlich im weimarischen Landtage und auch im Reichstage zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt. Der Bezirksdirektor hatte sich bemüht, die ganze Schuld der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Den Antisemiten war dies aus der Seele gesprochen. Bei ihrem Antrag, betreffend den Schutz der Versammlungsfreiheit, spielten die Angaben des Eisenacher Bezirksdirektors eine große Rolle. Abg. Baudert wies demgegenüber auf den Wert einer solchen Darstellung hin, indem er behauptete, daß der Bezirksdirektor positiv unwahre Behauptungen aufgestellt habe. — Letzteres hatte auch die freisinnige Eisenacher Tagespost behauptet. Sie beschuldigten den Bezirksdirektor, daß er die Vorgänge bei der Reichstagswahl in Eisenach so dargestellt habe, wie sie sich „in seinem Kopfe abgemalt“ hätten. Darüber war der Herr Bezirksdirektor aufgebracht. Er schickte dem Blatte eine langatmige „Berichtigung“, die aber nur zu einem Teile Aufnahme fand. Dabei wiederholte die Eisenacher Tagespost ihre Behauptungen, daß die Darstellungsweise des Bezirksdirektors der Wahrheit widerspreche.

Nunmehr rief der Herr Bezirksdirektor den Staatsanwalt um Hilfe an. Er, der früher selbst Staatsanwalt war, scheint nach alledem sicher auf eine Verurteilung des renitenten Redakteurs gerechnet zu haben. Doch hat er sich verrechnet. Obwohl die Staatsanwaltschaft im öffentlichen Interesse dem Wunsche des Bezirksdirektors entsprach und das Verfahren einleitete, wurde keine Bestrafung des Redakteurs erzielt.

Aus Kamerun wird der Frankf. Zeitung mitgeteilt, daß Puttkamers Animosität gegen King Akwa keineswegs davon herrührt, daß dieser, wie Puttkamer in seiner verunglückten Rechtfertigungsschrift behauptet, „sich den Kulturversuchen der Behörden stets widersetzt hat“, sondern sie ist vielmehr darin zu suchen, daß King Akwa sich geweigert hat, dem Gouverneur gefällig zu sein. Wenn Puttkamer und seine Freunde sich nun immer wieder auf Manga Bell berufen, so erklärt sich das einfach daraus, daß Manga Bell alles tat, was Puttkamer wollte, schon weil er das einträglich fand. Manga, der übrigens auch als Handlanger einer bekannten Handelsfirma bezeichnet wird, wird selbst von seinen eigenen Leuten im Stich gelassen, und der ihm sonst unterlängie Stamm der Joßleute ist ihm abtrünnig geworden. So hat sich der angesehene Großhäuptling Etoka von Wori den Akwas angeschlossen. Weiter hat sich der einflußreiche Großhäuptling Doo Elame von den Joßleuten entschieden geweigert, Mangas Versuche, für Puttkamer einzutreten, zu unterstützen. Bezirksamtmann Bruchitsch, der den seinerzeit mitgeteilten Brief um Ausweisung des jungen Akwa aus Hamburg an den Hamburger Polizeileutnant Niemann geschrieben hat, ließ widerholt Doo Elame mit anderen zu sich kommen und versuchte, sie anderen Sinnes zu machen. Als seine Vorhaltungen nichts fruchteten, erklärte er: „Ich reise demnächst nach Deutschland und komme im September wieder. Dann werde ich die Bonatu- und die Joßleute schwer bestrafen, weil sie Manga nicht gefolgt sind.“

Wegen Kaiserbeleidigung ist am 16. Mai v. J. vom Landgerichte Kaiserslautern der Friseur Scherer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er soll zweimal einem dreijährigen Knaben ein Bilderbuch mit Soldaten erklärt und dabei über den Kaiser eine beleidigende Aeußerung getan haben. Der Schreiner Konrad Cusnik, der im Lokale des Angeklagten die fragliche Aeußerung gehört haben will, hat sich nach Jahresfrist verpflichtet gefühlt, Anzeige zu erstatten. Wie festgestellt ist, lebt er mit dem Angeklagten in Feindschaft. Der Angeklagte hatte Revision eingelegt, die gestern vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung kam. Der Angeklagte bestritt, die Aeußerung getan zu haben. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils, da nicht festgestellt sei, daß die Zuhörer die Aeußerung so verstanden haben, daß sie sich auf die Person des Kaisers beziehen sollte. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Frankenthal.

Der verschwundene Dreschgraf. Graf Pückler hat bekanntlich zurzeit eine Festungsstrafe in Weichselmünde zu verbüßen. Es war ihm nun unlängst ein Urlaub nach seinem Gute Klein-Tschirne bewilligt worden; doch ist die Urlaubszeit abgelaufen, ohne daß der Graf bisher zurückgekehrt ist. Er wird daher jetzt behördlich gesucht.

Ausland.

Oestreich. Ueber die Brüsewitziade in Reichenberg (Böhmen), von der wir gestern kurz berichteten, wird ausführlicher gemeldet: Der Versicherungsinspektor Hiller, ein 56 Jahre alter Mann, Vater von drei unmündigen Kindern, wurde von dem Oberkeutnant Reichenhardt auf eine geradezu bestialische Weise niedergestochen. Hiller erhielt von dem Säbelhelden einige Hiebe auf den Kopf und einen Stich in den Unterleib. An dem Aufkommen des Schwerverletzten wird gezweifelt. Der Anlaß zu dieser blutigen Tat ist ein ganz harmloser. Einige Tage vorher hatten die beiden in der betreffenden Wirtschaft einen kleinen Wortwechsel gehabt. Sorglos besuchte Hiller das Gasthaus wieder, grüßte beim Fortgehen den Oberleutnant und als dieser darüber aufgebracht war, sagte Hiller, daß die Auseinandersetzung von vor einigen Tagen doch weiter nichts gewesen sei. Darauf zog der Oberleutnant den Säbel und schlug und stach auf den Wehrlosen ein. Auf der Polizei erklärte der uniformierte Mordbube, er wisse wohl, daß er seine Existenz zerstört habe. Angesichts der Beschimpfungen des Versicherungsinspektors und mit Rücksicht auf seine „Offiziersehre“ habe er jedoch nicht anders handeln können. — Man sieht die Anschauungen, welche das Militär gegenüber dem „Zivilistenpack“ betätigt, sind überall die gleichen. Man vergleiche den Reichenberger Vorfall nur mit der heute unter Tagesgeschichte geschilderten Episode in Berlin.

Schweiz. Ein prügelnder Polizeileutant. Das Züricher Volksrecht veröffentlichte kürzlich ein Schreiben der Frau Stephany, worin sie erzählte, ihr Mann sei Augen- und Ohrenzeuge gewesen, wie der Polizeileutnant Locher am 28. April den wegen wiederholten Bannbruches verhafteten Anarchisten Holzmann (Senna Hoy) mit einem Gummischlauch mißhandelte. Nachher habe Herr Locher ihren Mann durch Drohung von einer Veröffentlichung des Vorfalles in der Presse abhalten wollen. Zunächst schwiegen die Behörden dazu, jetzt aber wird bekannt, daß der Bundesrat die Untersuchung des Falles den Behörden des Kantons Zürich übertragen hat. Außerdem ist von sozialdemokratischer Seite dem Kantonsrat eine Interpellation über diese Angelegenheit eingereicht worden.

Inzwischen ist die Mißhandlung durch den Polizeioberleutnant seitens des kantonalen Polizeikommandos zugegeben worden. In einer Zuschrift des Polizeikommandos an das Züricher Volksrecht heißt es, daß die Disziplinaruntersuchung allerdings ergeben habe, daß sich Herr Locher in der Aufregung zu Tätlichkeiten gegenüber dem Arrestanten Holzmann hat hinreißen lassen. Die Akten seien zur weiteren Verfügung der Justiz- und Polizeidirektion überwiesen worden. — In Preußen-Deutschland würde so etwas nie „zugegeben“ werden, noch weniger würde man einer sozialdemokratischen Zeitung Auskunft geben, sondern diese würde vielmehr wegen Beleidigung verklagt werden. Die Schweiz ist eben ein „wildes“ Land!

Frankreich. Die Stichwahlen. Nach den Hauptwahlen vom 6. Mai bleiben 154 Wahlkreise unerledigt, wo am 20. Mai Stichwahlen stattzufinden haben. Bei 114 dieser Stichwahlen sind die Sozialisten beteiligt, sei es als Majorität, sei es als Minorität. In 28 Wahlkreisen stehen die Kandidaten unserer französischen Parteigenossen an erster Stelle. In Paris ist dies in vier Kreisen der Fall, und die dort angestellten Kandidaten sind: Groussier, Allemane, Cardet, Dubois; in der Vorstadt St. Denis sind es zwei, die Genossen Beber und Willm, die an der Spitze der Stichwahlkandidaten stehen. In sieben von den 28 vorerwähnten Kreisen ist die Zahl der Stimmen, welche der sozialistische Kandidat auf sich vereinigt hat, eine so große, daß der Sieg selbst dann sicher ist, wenn alle Radikalen sich der Stimmenabgabe enthalten sollten. Dagegen ist in 17 Fällen die Wahlhilfe der Radikalen unerläßlich, wenn der sozialistische Kandidat siegen soll und in vier Kreisen endlich hat der Sozialist zwar mehr Stimmen als der klerikale Kandidat, aber die Majorität ist so gering, daß die Zurückziehung des radikalen Kandidaten notwendig sein wird, um die Niederlage des Reaktionären zu sichern. In den noch verbleibenden 86 Wahlkreisen, in denen der sozialistische Kandidat in der Minorität ist, liegen die Dinge folgendermaßen: In 24 Kreisen sind die sozialistischen Stimmen unbedingt notwendig, um den Reaktionär zu schlagen; in 18 Kreisen wird die Zurückziehung der sozialistischen Kandidaten in der Stichwahl notwendig, um dem Radikalen den Sieg über seinen klerikalen Gegenkandidaten zu sichern; in 42 Kreisen endlich kann der radikale Kandidat mit Leichtigkeit siegen, selbst ohne die Hilfe der sozialistischen Wahlstimmen. — Die Aussichten für die sozialistische Partei sind also durchaus gute, eine Anzahl von Wahlkreisen wird sie sicherlich noch erobern.

Italien. Die Mandatsniederlegung der sozialistischen Deputierten, die, wie schon bekannt, von der Kammer nunmehr genehmigt worden ist, wird den Genossen Ferri dem Antritt einer elfmonatlichen Gefängnisstrafe näherbringen, weil er nämlich den früheren Marineminister Bettolo beleidigt haben sollte. Die Angriffe, die er im Avanti gegen den Marineminister richtete, haben sich durch die Untersuchungen der Marinekommission als durchaus berechtigt erwiesen. Ferri hatte schon erklärt, daß er Italien nicht verlassen werde, trotzdem er nunmehr jeden Tag die liebenswürdige Einladung zum Antritt seiner Gefängnisstrafe zu gewärtigen hat. Andrerseits berichtet aber der Messaggero, daß der Justizminister die Absicht habe, den Vollzug der Strafe zu vertagen. Außer Ferri hat auch der Genosse Todeschino eine Strafe wegen Beleidigung abzumachen.

England. Armeeverminderung. Wie der Standard meldet, werden in der englischen Armee bedeutende Reduktionen bereits in nächster Zeit stattfinden. Die Feldartillerie wird von 150 auf 105 Batterien reduziert werden. Das bedeutet eine Verminderung von 15 Brigaden mit 270 Geschützen. Die berittene Infanterie, die sich im Burenkrieg bewährt hat, wird überhaupt abgeschafft werden. Man erwartet, daß das Unterhaus diesen Maßnahmen seine Zustimmung nicht versagen wird.

Im rüstungstollen Deutschland wäre etwas derartiges einfach unmöglich.

Bulgarien. Im bekannten Ministerbeleidigungs-Prozesse wurde der Redakteur des Blattes Mir zu einem Monat Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt.

Zur Revolution in Rußland.

Die russische Maifeier hat am Montag stattgefunden. In Petersburg ruhte die Arbeit in allen Fabrikbetrieben und Setzereien. Zeitungen sind nicht erschienen. Das Dumagebäude wurde militärisch bewacht. Wie es heißt, kam es auf der Admiralswerft zu einem Zusammenstoß zwischen dem Direktor, der die Arbeiter von der Feier zurückhalten wollte, und einigen Arbeitern, wobei der Direktor getötet sein soll.

Auch aus Riga und Odessa wird allgemeine Arbeitsruhe gemeldet.

Auffindung der Leiche Gapons. Aus Petersburg wird gemeldet: In dem Villenorte Oserki war am 6. April das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060516-15/fragment/page=0002

zweistöckige Landhaus der Frau Swerschinski von einem brünetten Herrn anfangs der vierziger Jahre zum Preise von 190 Rubel für den Sommer gemietet worden. Da sich bis vorgestern der Mieter nicht meldete, wandte sich Frau Swerschinski an den dortigen Polizeichef mit der Bitte, das Landhaus zu öffnen. Dies geschah, alle Zimmer waren in Ordnung, nur ein oberes Gemach war mit einem Hängeschloß versperrt, das durch eiserne Ringe gezogen war. Einer von diesen fehlte jedoch, so daß das Schloß rasch geöffnet werden konnte. In einer Ecke des Zimmers lag ein undefinierbarer Haufen, mit einem schwarzen Pelz und Biberkragen bedeckt. Als der Pelz entfernt wurde, kam eine vollkommen angekleidete männliche Leiche zum Vorschein in halbgebeugter Stellung mit einer Schlinge um den Hals. Man erkannte in ihr sofort den Expriester Gapon. Das Gesicht war ganz braun, die Nase zerschunden, ein Auge ausgelaufen, der Mund fest geschlossen. Der Schlips lag am Boden, der Hemdkragen war geöffnet. Eine Westentasche enthielt ein Retourbillett nach Oserki, abgestempelt vom 11. April.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 14. Mai 1906, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Prof. Dittenberger.

Eingegangen ist eine Petition der **Bauarbeiter-Schutzkommission**, welche anläßlich des

Bauunglücks in Glaucha

die Anstellung von Baukontrolleuren fordert.

Stadtv. Thiele beantragt, die Petition der Baukommission zu überweisen und dem Antrage schleunigst Rechnung zu tragen, damit die Kontrolleure noch in dieser Bausaison in Wirksamkeit treten können.

Erster Bürgermeister Dr. Rive: Der Magistrat hat bereits eine Vorlage ausgearbeitet, in der, auf Rücksicht auf jenes Bauunglück, die Anstellung von vier Bauschutzleuten verlangt wird. Mit großem Bedauern habe ich vernommen, daß die Stadtverordnetenversammlung wiederholt solche notwendigen Beamten abgelehnt hat. Es ist geradezu verwunderlich, daß eine so große Stadt wie Halle noch keine Baukontrolleure hat. Halle ist eine Großstadt mit einer regen Bautätigkeit. Wenn auch eine solche Baukontrolle keine absolute Garantie gegen Unglücksfälle bietet, so ist es doch aber unbedingt Pflicht der Behörden, alles zu tun, was zur Verhütung von Unglücksfällen geschehen kann. Die Baupolizei muß im Verhältnis zur gesteigerten Bautätigkeit verstärkt werden; es fehlt an Ueberwachung. Ich bin nicht Techniker, aber mein Laienauge sah nach dem Unglück sofort mit Entsetzen, mit welcher Pflichtvergessenheit die Bauten angeleigt waren. Die Pflichtvergessenheit kann nur noch durch größere Unkenntnis übertroffen werden. Der Baumörtel war unbrauchbar. Wenn ganz Halle mit solchem Mörtel gebaut wäre, dann wären wir unseres Lebens nicht sicher. Als Verwalter der Polizei habe ich die Pflicht, mit allem Nachdruck die Anstellung von Bauschutzleuten zu fordern.

Stadtv. Grote will eine Vorlage betreffend Bauschutzleute wohlwollend prüfen. Der Hauptübelstand liege aber darin, daß heutzutage jeder bauen könne. Es solle nur derjenige bauen, der Bauen gelernt und seine Prüfung bestanden hat. Dies war nicht das erste Haus, das einstürzte.

Erster Bürgermeister Rive entgegnet, Herr Grote mag nicht unrecht haben. Aber eben deshalb, weil jeder Beliebige bauen darf, muß die Kontrolle um so größer sein.

Stadtv. Thiele: Herrn Grotes Einwand wäre berechtigt, wenn das Unglück die Folge von Unfähigkeit wäre. Das ist jedoch nicht der Fall. Der Lüttig hat ganz genau gewußt, daß er verbrecherisch leichtsinnig handelt. Da hilft eben nur die Anstellung von Baukontrolleuren. — Die Petition wird der Baukommission überwiesen.

Eine Petition betreffend ein **Winterschwimmbad** wird dem Magistrat als Material überwiesen. Der Erste Bürgermeister will die Sache beschleunigen.

Die Neuvermietung des Stadttheaters

rief eine längere Debatte hervor. Die Theaterkommission will im Einverständnisse mit dem Magistrate dem Direktor Richards das Theater für den bisherigen Pachtpreis von 31 000 Mk. auf fünf Jahre weiterverpachten. Herr Richards soll den Gagenetat von 15 000 Mk. auf 18 000 Mk. pro Monat erhöhen, den Etat für das Orchester von 4500 Mk. auf 5000 Mk.; auch soll er, wenn das Magazinhaus in der Friedrichstraße wird errichtet sein, die Herstellungskosten desselben mit 4 Proz. verzinsen bis zur Höhe von 4000 Mk. (das Haus wird einschließlich Grund und Boden etwa 100 000 Mk. kosten). Da Herr Richards noch keine endgültige Zusage gegeben hatte, ist ihm der 18. Mai als letzter Termin für die Entscheidung gestellt worden. Geht er nicht auf die Bedingungen ein, so soll die Verpachtung ausgeschrieben werden. Herr Richards wünschte, der Aufwand von 18 000 Mk. für den Gagenetat solle als Durchschnitt pro Monat der Spielsaison betrachtet werden können und ein erhöhter Aufwand für das Orchester nicht gefordert werden.

Stadtv. Reuß (Referent) tritt für die Beschlüsse der Theaterkommission ein. Stadtv. Grote erklärt, er sei für Ausschreibung, damit wir aus den Pachtangeboten erfahren, was unser Theater wert ist. Der Gagenetat stellt mit monatlich 18 000 Mark ein Minimum vor, dadurch wollen wir uns ein gutes Theater erhalten. Eine Ueberbragbarkeit auf andre Monate dürfe nicht zugelassen werden. Redner erklärt aber schließlich, er bestehe nicht mehr auf der Ausschreibung und werde den Vorschlägen des Magistrats zustimmen. (Dieses Umfallen ist bei Herrn Grote schon längst zur Regel geworden. Erst sagt er nein, am Schlusse aber ja.)

Stadtv. Thiele: Ich muß einiges Wasser in den Wein der Begeisterung für Herrn Richards schütten, die sich vor vierzehn Tagen in diesem Saale bemerkbar gemacht hat. Ich konnte jener Sitzung nicht beiwohnen und bemerke, daß auch ich die künstlerischen und geschäftlichen Leistungen des Herrn Richards gern anerkenne; aber ein solcher „Ueber"-Direktor, als der er hier hingestellt worden ist, ist er doch nicht. Zunächst hat Herr Richards nicht immer das gehalten, was er bei Beginn der Spielabschnitte an Opern und Dramen versprochen hat. Auch diesen Winter ist das der Fall gewesen. Dann werden aber auch seitens des künstlerischen wie des technischen Personals Beschwerden laut, deren Berechtigung anerkannt werden muß. So gibt der Kontrakt, auf Grund dessen das Engagement des Personals erfolgt, Herrn Richards so ziemlich alle Rechte, während für das Personal nur Pflichten übrig bleiben. Einer Schauspielerin, die sich bei der Aufführung von Wiener Blut eine Fußverletzung zuzog, wurde nach zwei Wochen, als sie in der Klinik lag, nur die halbe Gage gezahlt, nach weiteren vierzehn Tagen blieb die Gage ganz aus (s. Volksblatt Nr. 110 im örtlichen Teile). Bei dem riesigen Reingewinn, den Herr Richards macht, könnte er wohl in solchen Fällen mehr Noblesse zeigen. Als vor zwei Jahren sein Jubiläum als Bühnenkünstler begangen wurde, sind uns von Schauspielern sehr dringende Klagen zugegangen. Doch das alles kommt heute für uns als Stadtverordnete nicht in erster Linie in Betracht. Ich habe es nur angeführt, um zu zeigen, daß die Beweihräucherung vor vierzehn Tagen nicht angebracht war. Für uns kommt heute in der Hauptsache die geschäftliche Seite in Betracht. Wir müssen wissen, ob das Pachtgebot des Herrn Richards dem erzielten Reingewinn entspricht. Warum werden uns darüber keine bestimmten Angaben gemacht? Es wird gesagt, der jährliche Reingewinn des Herrn Richards betrage 50 000 Mark. Wenn das wahr ist, dann ist sein Pachtgebot trotz der ihm auferlegten höheren Ausgaben noch viel zu niedrig. Wir haben die Finanzinteressen der Bürger wahrzunehmen, zumal das Theater beträchtliche Zuschüsse von uns erhält. Solange nicht nachgewiesen wird, wieviel der Reingewinn beträgt und daß daß Pachtgebot ihm angemessen ist, bestehe ich auf Ausschreibung der Verpachtung, die ich hiermit beantrage.

Stadtv. Greßler verliest einen Brief des Herrn Richards, in dem die Darstellung des Volksblattes über die Gagen-Entziehung gegenüber der bei einer Vorstellung verunglückten Schauspielerin Frau Müller (s. oben) in einigen Punkten bestritten wird. Redner las jedoch so undeutlich vor, daß er am Berichterstattertische nicht verstanden werden konnte. Im übrigen warnte Herr Greßler vor der Ausschreibung der Verpachtung als vor einem gefährlichen Experimente.

Stadtv. Glimm: Ich habe von einer Beweihräucherung des Herrn Richards nichts gehört. Den richtigen Wert des Theaters lernt man auch durch die Ausschreibung nicht kennen. Gute Direktoren erhöhen den Wert; das hat auch Herr Richards getan.

Erster Bürgermeister Rive: Gewiß mag auch Herr Direktor Richards seine Schwächen haben. Doch darüber zu richten, ist das Kollegium nicht berufen. Als Direktor des Theaters hat er der Stadt gegenüber jedenfalls seine Pflicht getan. Der Kontrakt mit Herrn Richards legt diesem schwere Pflichten auf, die in die Bewegungsfreiheit eingreifen und die andermärts nicht bestehen. (Redner zieht zum Vergleich die Verhältnisse in Breslau an.) Die verlangten Mindestlöhne für die Arbeiter bei Vergebung städtischer Arbeiten sind stets und nicht mit Unrecht abgelehnt worden. (Rufe: Leider abgelehnt.) Herrn Richards dagegen wird ein Mindestgagen-Etat vorgeschrieben. Herr Richards teilt uns den Ertrag nicht mit, und er tut recht daran. Wenn Herr Thiele sagt, die Mimenwelt habe viele kapitalkräftige Leute erzeugt, so ist das zu bezweifeln. Herr Richards hat mir soeben brieflich mitgeteilt, daß er die gestellten Bedingungen eingeht.

Stadtv. Thiele: Ich habe nicht gesagt, die Mimenwelt hat kapitalkräftige sondern geschäftstüchtige Leute. Wer aber geschäftstüchtig ist, findet auch Kapital, daß ihm zur Verfügung gestellt wird. Gewiß ist die Persönlichkeit eines Theaterdirektors für ein Theater von Wichtigkeit; man soll doch aber nicht sagen, daß wir nur Herrn Direktor Richards die Rentabilität unseres Theaters verdanken. Auch das Hallesche Theaterpublikum hat zur Rentabilität mit beigetragen. Hier hat ein Direktor mit einem so großen festen Abonnentenstand zu rechnen, wie anderwärts nicht. Die Ausschreibung ist im Interesse der städtischen Finanzen nötig. Wir können nicht verantworten, daß wir uns jährlich 10 000 M. oder noch mehr entgehen lassen. Bietet Herr Richards einige Tausend Mark weniger als andere Reflektanten, dann werden wir ihm trotzdem den Zuschlag erteilen. Aber wir müssen wissen, was andere Sachkenner bieten.

Die Ausschreibung wird mit 19 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Herrn Richards wird die Pacht auf fünf Jahre zugesprochen.

Für den Bau des Hauptsammelkanals von der Torstraße bis zur Klausbrücke werden 577 100 Mk. bewilligt.

Zugestimmt wurde der Kanalisierung von Kröllwitz für 143 000 Mk. — Stadtv. Emmer regt an, bei Vergebung der Arbeiten in erster Linie hiesige Unternehmer zu berücksichtigen, die die von den Gewerkschaften geforderten Löhne zahlen. Auswärtige Unternehmer lassen durch fremde Arbeiter den hiesigen Arbeitern Schmutzkonkurrenz bereiten. Die hiesigen Arbeiter müssen hier Steuern zahlen und haben zuerst Anspruch auf Beschäftigung. Wo ein guter Wille ist, findet sich auch ein Weg.

Stadtbaurat Lammers entgegnet, es sei nicht so leicht, dem Wunsche des Vorredners Rechnung zu tragen. Das Kollegium habe sich in solchen Fällen stets ablehnend verhalten. Was aber im Interesse der hiesigen Arbeiter geschehen könne, solle geschehen.

Stadtv. Emmer: Durch fremde Unternehmer sind sogar Frauen bei den Arbeiten beschäftigt worden. Die Unternehmer, die anständige Löhne zahlen und der Schmutzkonkurrenz entgegenwirken, sind in erster Linie zu berücksichtigen.

Für die städtischen Freibäder werden Erhöhungen für die Bademeister, für die Aufseherin und Hilfs-Aufseherin verlangt. Es sollen Tageslöhne von 4. 3 und 2.50 M. gezahlt werden. Für einen Promenaden-Wächter am Frauenbade soll ein Tagelohn von 2.50 M. gezahlt werden. Es wird eine Nachbewilligung von 631.50 M. verlangt.

Stadtv. Pfautsch beantragt, den Hilfsbademeister für die ganze Badezeit anzustellen.

Stadtv. Osterburg stimmt diesem Antrage zu und bittet, die Hilfspersonen für die ganze Dauer anzustellen, dagegen den Wächter abzulehnen. Für Beaufsichtigung der dortigen Gegend möge die Polizei sorgen. Für Privat-Badeanstalten verlange die Polizei zahlreiches Aufsichts-Personal. Was die Stadt vom Privat-Unternehmer verlange, müsse sie doch im eigenen Betriebe selbst erfüllen. Die Verstärkung des Aufsichtspersonals sei unbedingt erforderlich und für die Sicherung des Publikums notwendig. Der alte Bademeister hat sich beklagt, daß er noch nicht einmal in Ruhe habe Mittagsbrot essen können.

Stadtrat Dönitz trat für die Vorlage des Magistrats ein, das Kollegium stimmte aber dem Antrage Pfautsch zu, lehnte die Mittel für den Wächter ab und stellte den Hilfsbademeister für das Männer-Freibad für die ganze Badesaison an.

Verschiedene Vorlagen. Der Kanalisierung der Großen Klausstraße und Vergrößerung der Profilweiten einiger Kanalstrecken der Altstadt wird zugestimmt. — Ebenfalls zugestimmt wird der Pflasterung der Turmstraße zwischen Pfännerhöhe und Flottwellstraße. — Die zu diesem Punkt eingegangene Petition wird als erledigt angesehen. — Die Kanalbaukostenbeiträge für die Lindenstraße zwischen Beyschlagstraße und Rannischen Platz werden auf 15 Mk. pro laufenden Meter festgesetzt. — Zur Besoldung eines französischen Lehramts-Assistenten und zur Veranstaltung französischer und englischer Vorträge werden 1000 Mk. bewilligt. — Zugestimmt wird der Vornahme von Instandsetzungsarbeiten im Peißnitz-Restaurant (6500 Mk.) und der Pflasterung der Merseburgerstraße zwischen der Huttenstraße und dem Eingang zum Grundstück Bergmannstrost (55 000 Mk.). — Gutgeheißen wird der Abbruch des ehemals fiskalischen Tor-Kontrollhauses am Kirchtor. — Ein Vergleich mit dem Anpflanzungsverein in Trotha gewährt demselben 2550 Mk. Entschädigung. — Der Mietswert der Dienstwohnung des Polizei-Kommissars Goldmann wird auf 300 Mk. festgesetzt. — Ueber den Einspruch betreffend die Bestimmung der historischen Straßen in Halle-Trotha wird zur Tagesordnung übergegangen.

Schluß ¾8 Uhr.

Versammlungsberichte.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands Filiale Halle a. S.). In der am 10. Mai beim Kollegen Bauer, Geißstraße, stattgefundenen Versammlung wurden zunächst mehrere Kollegen als Mitglieder aufgenommen. Die Gesamtzahl derselben ist jetzt 32. Der Vorstand teilt hierauf mit, daß durch den Uebertritt der Kollegen vom Neuen Hallschen Gastwirtsverein der Filiale ein Vermögen von 130 Mk. überwiesen ist. Es wird beschlossen, das Geld als Lokalfonds am Orte zu behalten und damit denjenigen Kollegen während der Karrenzzeit von sechs Monaten, an welchen Rechtsschutz vom Hauptvorstand nicht gegeben wird, bei vorkommenden Fällen Rechtsschutz zu gewähren. Ueber die Verlängerung der Polizeistunde bis 2 Uhr nachts teilt Kollege Emmer mit, daß er beim Herrn Ersten Bürgermeister, Dr. Rive, vorstellig gewesen sei und derselbe habe ihm mitgeteilt, daß er eine einheitliche Polizeistunde bis 2 Uhr als gerecht anerkennt, den besseren Cafés dieselbe noch etwas länger gewähren wird und in nächster Zeit den Wünschen der Gastwirte nachkommen will. Es wäre die Erfüllung dieser Bitte für die ganze Gastwirtschaft von Halle eine große Beruhigung und von großem Vorteil, denn die Strafmandate, mit welchen so mancher Kollege beglückt wird, würden sicher in Wegfall kommen und etwas Einheitliches in Betreff der Polizeistunde würde Platz greifen. Wegen Lieferung von Kohlensäure an die Mitglieder wird beschlossen, das Mitglied Franz Peters, Blumenthalstraße 27, zu beauftragen, die Lieferung zu folgenden Bedingungen zu übernehmen: Die Zehntel-Flasche ist für 3.50 Mk. zu liefern, treten billigere Preise ein, so wird der Preis reduziert. Für jede verkaufte Flasche sind 10 Pf. an die Vereinskasse abzuliefern. Der Vorstand wird beauftragt, einen Vertrag mit dem Verschleißer abzuschließen. Pflicht der Mitglieder ist, den gesamten Bedarf bei unserem Verschleißer zu decken. — Zur General-Versammlung, welche im August in Hamburg stattfindet, werden Anträge noch nicht gestellt. In die Rechtsschutz-Kommission werden 5 Mitglieder gewählt, und zwar die Kollegen J. Streicher als Obmann, Schramm, Robisch, Kutzer und Köppchen. Im Verschiedenen wird beschlossen, die Versammlungen alle Monate bis zum 15. d. M., Donnerstags abzuhalten. Die nächste Versammlung findet beim Kollegen Bernstein-Trotha statt. Die Kollegen werden ersucht nur organisierte Kellner vom Arbeits-Nachweis im Konzerthaus zu beschäftigen. Ferner wird noch angeregt, in nächster Versammlung zu beschließen die Mitglieder-Liste drucken zu lassen und dieselbe dem Kartell zur Verteilung an die Gewerkschaften zu übergeben. Ein Ausflug der Mitglieder ist ins Auge gefaßt und soll die nächste Versammlung darüber beschließen. Nach Besprechung verschiedener interner Sachen wurde die vom besten Geiste beseelte Versammlung mit der Aufforderung, recht viele Kollegen dem Verein als Mitglieder zuzuführen, geschlossen.

Metallarbeiter, Halle. In der am 5 dis. Mts. tagenden Versammlung referierte an Stelle des erkrankten Genossen Fritze Genosse Molkenbuhr. Der anderthalbstündige Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wünschte ein jüngerer Kollege für die Jugend mehr Agitation. Hierauf gab Kollege Gröbel einen Situationsbericht über die Aussperrungen und wies auf den vom nächsten Sonntag an fälligen Extrabeitrag in Höhe von 25 Pfg. hin. In der weiteren Debatte stand die Maifeier an erster Stelle. Namentlich, scheint es Herrn Melzer nicht gefallen zu haben, daß nicht sämtliche Arbeiter seines Betriebes gefeiert haben. Er hat die, die am ersten Mai gearbeitet haben, mit 1.50 Mk. entschädigt, weil diese und wohl auch er sich an diesem Tage plagen mußten. Hoffentlich läßt Herr M. im nächsten Jahre alle am ersten Mai feiern und zahlt ihnen für diesen Tag 1.50 Mk. Wenn's mehr ist, schadet es nichts. Kollege Gaie wollte die Ortsverwaltung für die schwache Beteiligung an der Maifeier verantwortlich machen. Dies wurde aber von seiten der Angegriffenen zurückgewiesen, da es an den einzelnen Betrieben selbst gelegen hat. Kollege Gröbel forderte dann die Anwesenden auf, für die nächste Maifeier mehr zu agitieren. Die Ortsverwaltung machte den Vorschlag, auch in diesem Jahre den Zoologischen Garten zu besuchen. Dieses soll am Himmelfahrtstage geschehen. Hierauf wurde noch bekannt gegeben, daß demnächst eine Broschüre über die Sozialgesetzgebung von seiten des Kartells herausgegeben wird. (12. 5.) T.

Fabrikarbeiter, Halle. Zur Gau-Konferenz nahm die am 5. Mai tagende Versammlung Stellung. Der Kollege M. wurde als Delegierter bestimmt. Da die Wahl des Delegierten zum Verbandstag am 10. Juni vorgenommen werden soll, wurden auch hierzu die nötigen Vorbereitungen getroffen. Als Wahl-Lokale gelten die Versammlungslokale von Sach und Kautzsch. Die Wahlzeit ist von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr festgesetzt worden. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch. Zum Delegierten bezw. Kandidaten bestimmte die Versammlung den Kollegen Löffler und als Ersatzmann Mertin. Die geplante Besichtigung des Wasserwerks kann, wie uns die Verwaltung desselben mitteilte, wegen Erweiterungsbauten nicht stattfinden. Der Ausflug am Himmelfahrtstage nach Ammendorf bleibt deswegen doch bestehen. Treffpunkt früh 8 Uhr am Apollo-Theater. (9. 5.) W. K.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Bade -Laken, Handtücher, Mäntel, Teppiche
aus bestem Kräuselstoff und Gerstenkorn.
-Anzüge, Mützen, Hosen u. dergl.
Grosse Auswahl zu denkbar billigsten Preisen.
Brummer & Benjamin,
22/23 Gr. Ulrichstrasse 22/23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190605 16-15/fragment/page=0003

Naumburg! Naumburg!

Mehrere Frauen

zum **Austragen des Volksblattes** gesucht. Zu melden mittags ¼1—½2 Uhr und abends ½7—8 Uhr bei **Fr. Rothe, Grosse Marienstrasse 30, II.**

Soziald. Verein f. Halle u. Saalkreis.

Donnerstag den 17. Mai abends 8½ Uhr im „Burgtheater"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: **Vereinsangelegenheiten.**

Zu **dieser** Versammlung ist der Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet. **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse f. d. Zimmergewerk zu Halle a. S.

Dienstag d. 22. Mai abends 8½ Uhr im Engl. Hof, Gr. Berlin 14

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Abrechnung des Geschäftsjahres 1905.**
2. **Krankenkassen-Angelegenheiten.**

Der Vorstand.

Konsumverein für Reideburg u. Umgegend

E. G. m. b. H.

Sonnabend den 19. Mai abends 8½ Uhr im Gasthofe zur Nachtigall in Burg

Generalversammlung

Tages-Ordnung: 1. Halbjahrsbericht. 2. Antrag Linke: Reduzierung des Vorstandes um 1, des Aufsichtsrates um 3 Mitglieder. Antrag Felsberg: Soll der Geschäftsführer im Amte bleiben oder nicht? 3. Geschäftliches.

Der Vorstand. W. Loße. O. Beier.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Marke Schwan

gibt

Schneeweisse Wäsche

ohne Bleiche.

Zu haben in allen besseren Geschäften.

Nur Karl Kochs

Nährzwieback

kommt, seiner Zusammensetzung und Wirkung nach, der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, nur

Karl Kochs Nährzwieback.

Herrenstraße 1.

Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

„Johannesbad", Weingärten 29/31.

Einem geehrten Publikum zeige ergebenst an, dass ich mein Grundstück mit Badeanstalt **„Johannesbad"** an den Fischermeister Herrn **Hermann Birnstiel** verkauft habe.

Indem ich für das bewiesene Wohlwollen bestens danke, bitte ich dasselbe auch auf meinen Herrn Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll **M. F. Götze.**

Bezugnehmend auf obige Mitteilung, erlaube mir ergebenst zu bemerken, dass ich den Betrieb der Badeanstalt **„Johannesbad"** in unveränderter Weise weiter führen werde und bitte um gütige Unterstützung. Mit der Versicherung, dass es mein eifrigstes Bestreben sein wird, einem mich beehrenden Publikum in jeder Weise gerecht zu werden, zeichne Hochachtungsvoll

Hermann Birnstiel, Badeanstalt „Johannesbad", Weingärten 29/31.

Bad ist eröffnet.

Wandkarte der Provinz Sachsen.

Ein Hilfsmittel, um die geographische Ausdehnung der Verwaltungskreise genau festzustellen, ist sie besonders für Orts- und Kreisvertrauensmänner unentbehrlich.

Größe: Ein Quadratmeter. Sehr gut gearbeitet.

Für die Abonnenten des Volksblattes Preis 1 Mark.

Nach außerhalb inkl. Porto und Verpackung **1.35 Mark.**

Zu beziehen durch

Volksbuchhandlung,

Halle a. S., Harz 42/43.

Walhalla.

Anfang 8 Uhr.

Heute Mittwoch den 16. Mai:

Première

der weltbekannten

Lona

mit ihrem berühmten Ensemble in Sensations-Burlesken:

„Reine Liebe" — „Bon-Bon" „Sie macht Bocksprünge!"

Ueberall grosser Heiterkeitserfolg.

Anlässlich des ersten Auftretens der Lona in der Walhalla schrieb die Saale-Ztg. vom 24. Febr. 1903:

„Lona erntete durch ihr zu allerlei Excentricitäten eignendes Temperament reichen Beifall. Sie verstand durch unvergleichlichen Chik und pikante Ausgelassenheit das Publikum zu ergötzen!"

Siehe Anschlagsäulen und Tageszettel.

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller.**

Gastspiel des **Orig.-Deutsch-amerikanischen Theaters zu Berlin.**

Heute zum ersten Male:

ER u. ICH,

Volksstück mit Gesang in 4 Bildern aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner von **Adolf Philipp.**

Willy Holm

Herr **Adolf Philipp** a. G.

In **Berlin** mit **beispiellosem Erfolg** aufgeführt!

Zoolog. Garten

Ohne erhöhtes Entree!

Gr. afrikanische Völkerschau.

„Ein abessinisches Dorf" zirka 60 Eingeborene, Männer, Weiber und Kinder.

Afrikanische Kunsthandwerker, Seidenweber, Lederarbeiter, Holzschnitzer, Töpfer, Waffenschmied, Korb- u. Mattenflechter.

Dorfschule, Bäckerei, Kriegsspiele etc.

Täglich bis zu 6 Vorstellungen.

Reservierter Platz: Erw. 20 Pf., Kinder 10 Pf.

Dienstag d. 15. Mai, nachmittags 3½ Uhr

Eröffnungs-Vorstellung der Abessinier.

Nachmittags von 4—7 Uhr

gr. Konzert.

Plüschdiwan, gut gearbeitet, von 65 M. an, Pfeilerspiegel, geschl. v. 12 bis 24 M. an, Vertikows m. Kästchenaufsätzen 46 M., Kleidersekretäre mit Kasten 36 M., Walzenstühle 4.50 M., Steg- u. Ausziehtische 10 u. 24 M., starke, polierte Bettstellen mit u. ohne Matr., Waschtische mit Marmorplatten 29 M., Küchenmöbel verkauft sehr billig bei freiem Transport

Max Junghlut, Albrechtstraße 43, nahe der Geiststraße.

Starker **Hand-Leiterwagen** billig zu verkaufen **Moritzkirchhof 10.**

Rucksäcke für Kinder von 48 Pf. an
Rucksäcke für Damen von 98 Pf. an
Rucksäcke für Herren von 98 Pf. an
Trinkflaschen m. Schraube von 12 Pf. an

Hamburger Engros-Lager

Leopold Nussbaum,

Gr. Ulrichstr. 60/61.

Schirm-Fabrik

von

L. M. Werkmeister,

29 Leipzigerstraße 29, am Turm, billigste Preise am Platze. **6% Rabatt 6%.**

Beachtenswert! Zu einem gemütlichen Leben gehört eine **gute Zigarre** und diese gibt es nicht überall, wohl aber bei

Paul & Max Drietchen,

Börmlitzerst. 109 u. Merseburgerst. 48

Marke **Pfeil!**

Bruckdorfer Briketts vorzügliche Qualität, erhältlich durch die meisten hiesigen Kohlenhandlungen.

Waschgefäße

dauerh., billig. **Zander,** Gr. Klausstr. 12.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Wollen Sie ein gutsitzendes

Hauskleid, Morgenrock od. Bluse

nach Maß, so gehen Sie zu

Max Berndorff, Geiststr. 42.

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob 1906

Nr. 10.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung.

Harz 42/43.

Hamsterfelle

sowie alle anderen Sorten kauft **Joh. Bernhardt, Kellnerstr. 4.**

Futterkartoffeln

verkauft **Triftstraße 16.**

Hamsterfelle

kaufen **Gebr. Danglowitz,** Fischerplan 2.

Lumpen, Knochen, Papier, Eisen, Metalle, Gummi kauft **Albert Bode jun., Gr. Klausstr. 22.**

In allen vorkommenden **Schneiderarbeiten** empfiehlt sich **Otto Heimrath, Schneidermstr., Steg 19.** Streng solide Preise. Tadelloser Sitz.

Rock-, Hosen- und Westen-Schneider

sofort gesucht.

Geschäftshaus S. Weiss.

Erdarbeiter

sofort gesucht. Zu melden Dienstag abend von 6—7 Uhr **Neupflasterung Leipzigerstraße.**

Tücht. Metallformer

finden **dauernde** Beschäftigung bei hohem Lohn bei

Herm. Wintzer

Langestraße 24.

Hausarbeiter

auf **Fächer** werden gesucht. **Heilbrun & Pinner,** Geiststr. 22.

Eine freundliche Wohnung

zu 40 Taler zum 1. Juli oder früher fortzugshalber zu vermieten.

F. Siebenbaar, Göbenstraße 23.

Kl. Wohnungen

zu vermieten **Gr. Brauhausstr. 27.**

Donnerstag: **Schlachtefest.**

H. Richter, Zeitz, Schützenstr.

Ein größeres **Kinderbett** sowie ein **Erstlingsbett** (Korbgeflecht) **billig** zu verkaufen **Körnerstr. 13, 1 Tr. r.**

Einen Ersatz

für die beliebte Delikatess-Margarine Solo in Carton giebt es nicht, es sei denn beste Butter!

Andere Marken mögen vielleicht billiger angeboten werden, aber sie sind nicht mit

Solo in Carton

zu vergleichen, die in Feinheit der Qualität, Frische und Wohlgeschmack unübertroffen dasteht.

Man achte bei jedem Paket auf Garantiedatum und Siegelververschluss!

Ueberall erhältlich.

Fahrrad v. Haberland, Gr. Steinstr. 31.

Die Beleidigung gegen Herrn **Heinel** nehme ich hiermit zurück. **Otto Huch.**

Harzklub-Rontenkarte

der Wanderwege, der wichtigsten Fahrstraßen, Sommer-Fahrplan 1906, der Eisenbahn-, Post- u. Omnibus-Linien im **Harz.**

Preis 25 Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,

Halle a. S., Harz 42/43.

Praktischer Rechtsbeistand.

Enthaltend das neue Bürgerl. G.-B. Handels-, Zivil-, Straf-, Konkurs- u. Gewerbeordnung, Arbeiter-Versicherungs- und andere Gesetze.

Gut gebunden **1.50 Mk.**

Volksbuchhandlung.

Nachruf.

Am Montag morgen entschlief nach kurzem aber schwerem Leiden, unser Mitglied

Karl Fischer in Dieskau.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 2½ Uhr statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand des Soziald. Vereins.

Nachruf.

Allen Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am Montag morgen unser Mitglied

Karl Fischer

nach kurzem aber schwerem Leiden entschlafen ist.

Das Begräbnis findet Donnerstag nachmittag 3½ Uhr vom Trauerhause aus statt.

Die Mitglieder werden ersucht, sich hieran zahlreich zu beteiligen.

Neuer Arb.-Bild.-Verein Dieskau.

Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarb. und Arbeiterinnen Deutschlands,

Zahlstelle Bruckdorf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tafler

Karl Fischer

am Montag vormittags ½8 Uhr nach kurzem Krankenlager am Schlaganfall gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Verdigung findet Donnerstag nachmittags 3 Uhr statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Verwaltung.**

Sonntag abend verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn und guter Bruder

Reinhold

im Alter von 11 Jahren.

Das Begräbnis findet Mittwoch abends 5 Uhr statt.

Familie Karl Steckmann.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallenschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190605 16-15/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 112. Halle a. S., Mittwoch den 16. Mai 1906. 17. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung. Montag, den 14. Mai, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Novelle zum

Reichsstempelgesetz.

Die Novelle macht dem Arbitrierverkehr der Börse in bezug auf den Umsatzstempel einige Zugeständnisse, unterwirft dafür aber in einem dem § 5 des Reichsstempelgesetzes zugefügten § 5a das Aktienkapital der inländischen Gesellschaften auch dann dem Wertstempel, wenn die Ausstellung und Ausgabe von Aktien und Interimspapieren unterbleiben ist. Nach einem von der Kommission beantragten Zusatz soll diese neue Bestimmung auch auf die beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits bestehenden Aktiengesellschaften ausgedehnt werden. Der nachträglich zu bezahlende Stempel soll von diesen Gesellschaften spätestens am 1. Juli 1907 bezahlt werden. Ein Antrag Spahn (Zentr.), Müller-Fulda (Zentr.), Büsing (natlib.), Mommsen (Freis. Vgg.), Dietrich (kons.) beschränkt die Stempelabgaben für das vor Ablauf der Zahlungsfrist herabgesetzte Aktienkapital auf den nach der Herabsetzung verbleibenden Betrag.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn erklärt, daß die verbündeten Regierungen wohl der jetzigen Kommissionsfassung zustimmen werden, da es sich jetzt nicht mehr um rückwirkende Kraft sondern um eine Deklaration und eine Besteuerung der deklarierten Beträge handelt.

Abg. Kämpf (Freis. Volksp.) wendet sich entschieden gegen die Kommissionsfassung. Tatsächlich hat die Kommission die Rückwirkung beschlossen, die die juristischen Regierungsvertreter mit Recht als einen Eingriff in die fundamentalsten Rechtsgrundsätze erklärt haben. Sie hat der rückwirkenden Kraft nur ein Feigenblatt angelegt. Solche später einmal ein Reichseinkommensteuergesetz mit rückwirkender Kraft beschlossen werden, so mag man an die jetzige Reichstagsmehrheit denken, die sich mit dieser Börsennovelle auf sozialistischen Boden gestellt hat, weshalb denn auch die sozialdemokratische Fraktion nach ursprünglichen Sträuben für die Kommissionsfassung stimmen will. Wir unserseits lehnen dies unerhörte Novum in der Steuergesetzgebung ab. (Lebh. Beifall bei den Freis.)

Abg. Müller-Fulda (Zentr.): Es ist gar kein Grund vorhanden, nahezu eine Milliarde Aktien, deshalb, weil sie sich bisher der Steuerpflicht entzogen haben, auch in Zukunft freizulassen. (Sehr gut! rechts.) Bei der jetzigen Reichsfinanzlage sind auch die zu erwartenden nicht unbeträchtlichen Mehr-Einnahmen nicht zu verschmähen. (Lebh. Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Mommsen (Freis. Vgg.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Kämpf an. Die Novelle stellt das ganze bisherige Prinzip auf den Kopf. Ich freue mich, daß wenigstens die Reichsregierung die Verantwortung für das Aufgeben des Grundsatzes ablehnt, daß kein Steuergesetz rückwirkende Kraft haben soll. Man sollte sich doch hüten, wegen lumpiger zehn Millionen Mark Mehr-Einnahmen mit vollen Segeln in den sozialistischen Zukunftsstaat zu fahren. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) tritt für die Kommissionsfassung ein.

Abg. Singer (Soz.): Wir haben von vornherein den Gedanken zugestimmt, daß die sogenannten ungeborenen Aktien gestempelt werden sollen. Bei Schaffung des Gesetzes hat niemand an die Möglichkeit gedacht, daß Aktiengesellschaften mit 50 oder 70 Millionen gegründet würden, ohne daß die Aktien zur Ausgabe gelangen. Hätte der Gesetzgeber das vorausgesehen, so hätte er Stempelabgaben auf das Gründungsprotokoll gelegt. Eine gewisse Rückwirkung kommt auch bei anderen Steuern vor, z. B. bei der Einführung einer neuen Grundsteuer. — Ich freue mich, daß in diesem Falle von uns vertretene Grundsätze von der Rechten akzeptiert werden. Bei anderen Gelegenheiten wird freilich die Rechte nebst dem Zentrum mit der Freisinnigen Volkspartei gegen das Prinzip kämpfen, das sie hier proklamiert. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dove (Freis. Vgg.) wendet sich gegen die Kommissionsfassung. Die Befürworter dieser Fassung machen Ausführungen, die den Begriff der Urkunde überhaupt illusorisch machen. Nach der hier vorgebrachten Logik kann man in Zukunft auch denjenigen gar Fahrkartensteuer heranziehen, der nicht mit der Eisenbahn fährt sondern z. B. mit dem Automobil. (Sehr gut! b. d. Freis.)

Hiermit schließt die Debatte. § 5a wird gegen die Stimmen der Freisinnigen in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgen Bestimmungen über die Ermäßigung des Umsatzstempels für einige Wertpapiere (Renten und Schuldverschreibungen des Reiches und den Bundesstaaten, Kuxscheine, Genußscheine, ausländische Banknoten usw.) Die Herabsetzung soll bis zur Hälfte des jetzigen Betrages gehen.

Abg. Kämpf (Freis. Vpt.) und Mommsen (Freis. Vgg.) beantragen Ausdehnung der Ermäßigung auf den Arbitrierverkehr zwischen den inländischen Börsenplätzen und Ausdehnung der Befreiung, die nach der Vorlage Renten und Schuldschreibungen des Reiches zuteil wird, auf die der Gemeinden, Kreise und Provinzen und alle Börsengeschäfte, deren Objekt 600 Mk. nicht übersteigt.

Abg. Graf Kanitz (kons.) beklagt den niederen Stand des Kurses der deutschen Reichs- und Staatspapiere. Was hat unser deutsches Kapital im Auslande zu suchen? Welche Riesenkapitalien sind in die Bagdadbahn gesteckt worden? (Hört, hört! links.) Mit solchen kleinlichen Mitteln, wie der Aufhebung der winzigen Stempelabgaben, ist der Kurs der Reichs- und Staatspapiere nicht zu heben. Da ich nun andrerseits gar keinen Grund sehe, warum das Reich auf diese Abgabe verzichten soll, stimme ich gegen diesen Teil der Vorlage. (Beifall rechts.)

Abg. Kämpf (Freis. Vpt.): In der Tat steht der Kurs der Reichspapiere schlecht. Ist doch die eben beendete Emission einer Reichsanleihe von 560 Millionen Mark als großer Mißerfolg zu bezeichnen. (Hört, hört! links.) Von der Ueberzeichnung, von der offiziös gesprochen wurde, ist tatsächlich keine Rede gewesen. Der Finanzminister v. Rheinbaben und andere haben die Frage der Absatzmittel lebhaft erwogen. Dem Vorschlag, die Sparkassen- und Lebensversicherungs-Gesellschaften zur Anlage eines großen Teils ihres Vermögens in Reichs- und Staatspapieren zu zwingen, halte ich für unpraktisch und ungerechtfertigt. Ein anderes Mittel ist die hier in der Novelle vorgeschlagene Stempelfreiheit der Staatspapiere. Im Gegensatz zum Grafen Kanitz vertrete ich durchaus die Ansicht, daß dieses Privilegium tatsächlich günstig auf den Kurs der Staatspapiere einwirken wird, da ihre Käufer die Stempelabgabe sparen werden. Für unseren Antrag auf Ausdehnung der Stempelfreiheit auf die Kommunalpapiere, spricht die moralische Verpflichtung des Reichs, den Gemeinden die Erfüllung der ihnen reichs- und landesgesetzlich zugewiesenen großen Aufgaben nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Konkurrenz der Kommunalpapiere infolge der Stempelfreiheit brauchen die Staatspapiere nicht zu befürchten. Die Stempelfreiheit wird ihren Kurs heben, während der Stempel ihn senken würde. Der niedrigere Kurs der Kommunalpapiere würde ungünstig auf die Staatspapiere zurückwirken. Also das Verhältnis zwischen Staats- und Kommunalpapieren bleibt auf alle Fälle dasselbe.

Die Konkurrenz zwischen den Reichspapieren einerseits und den Staatspapieren andererseits, sowie zwischen den Papieren der einzelnen Staaten läßt sich bei unserer föderalistischen Verfassung nicht beseitigen. Doch sollte man wenigstens versuchen, auf dem Wege der Verbesserung der Emissionstechnik eine gewisse Abhilfe zu schaffen. Redner verbreitet sich im folgenden über Einzelheiten der Emissionstechnik. Indem unsere Bankiers mit kleinem Gewinn große Beträge der deutschen und preußischen Fonds übernahmen, haben sie sich einer patriotischen Pflicht unterzogen. Da sollten nun Preußen und das Reich auch etwas mehr Rücksicht auf die emittierenden Bankiers nehmen und ihre Emission in einer anderen Weise regeln. Die emittierenden Bankiers haben ein Anrecht darauf, nicht mit einer Kleinigkeit abgespeist zu werden. — Graf Kanitz beschwerte sich darüber, daß das deutsche Kapital nach dem Ausland geht. Ich bin umgekehrter Ansicht. Wir bekommen nur dann Geld in das Land und einen billigen Diskont, wenn wir Forderungen an das Ausland erwerben. Der Deutsche ist der geborene Industrielle und Kaufmann, und es ist kein Fehler, sondern ein Vorzug, wenn die deutsche Industrie eine große Anziehungskraft auf das deutsche Kapital ausübt und deutsches Kapital und deutsche Industrie Eroberungen im Auslande machen. Uebrigens haben auch die französischen Rentiers keineswegs eine so einseitige Vorliebe für einheimische Papiere, wie behauptet wird, sondern erwerben auch recht gern ausländische Papiere. (Sehr wahr! links.) Wir verschmähen gewiß keine Mittel nicht und begrüßen insofern die Verbesserungen dieser Novelle. Aber das Grundübel ist nur dann zu beseitigen, wenn eine vollständige Reform der Börsengesetzgebung eintritt. Sich eine solche angelegen sein zu lassen, bitte ich den Reichsschatzsekretär v. Stengel dringend. — Ich empfehle die Annahme der Kommissionsvorschläge und die Verbesserungsanträge Mommsen. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. Büsing (natl.) bittet um Annahme der Kommissionsvorschläge unter Ablehnung der Ausdehnung der Stempelfreiheit auf Gemeindepapiere und der Ablehnung des Antrages Arendt auf Wiederherstellung des Regierungsvorschlags, den weniger weit geht als die Kommissionsfassung. (Beifall im Zentrum und bei den Natl.)

Abg. Dr. Arendt (Rpt.) befürwortet seinen Antrag, polemisiert gegen den Abg. Kämpf und bezeichnet den hohen Reichsbankdiskont als den tiefsten Grund des schlechten Standes der deutschen Anleihen. Sollte der Antrag Kämpf angenommen werden, so bitte ich auch die Pfandbriefe der Landschaften und Hypothekenbanken freizulassen.

Abg. Mommsen zieht den zweiten Teil seines Antrages zurück.

Abg. Singer (Soz.) nimmt den zweiten Teil des Antrags wieder auf.

Abg. Dr. Arendt hält sein Amendement, nunmehr zum Antrag Singer, aufrecht.

Ein Antrag Müller-Fulda (Ztr.) verlangt, den Artikel 8 die Worte anzufügen: Dies Gesetz tritt am 1. Juli 1906 in Kraft.

Abg. Graf Kanitz (kons.) polemisiert gegen den Abgeordneter Kämpf.

Abg. Singer (Soz.): Man könnte wirklich meinen, sich hier auf einem Bankierstage zu befinden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und das sind dieselben Herren, die immer über unpatriotische Ausdehnung der Verhandlungen klagen. — Wir haben den eigentümlicherweise zurückgezogenen zweiten Teil des Antrags Mommsen wieder aufgenommen. Den Antrag Arendt dagegen lehnen wir ab. Die Hypothekenbanken dienen privatkapitalistischen Interessen, während die Kommunen ihre Anleihen aufnehmen zur Erfüllung öffentlich rechtlicher Zwecke. Es liegt also gar kein Grund vor, die Kommunalpapiere schlechter zu stellen wie die Staatspapiere. Ich glaube nicht, daß die Kommunalpapiere den Kurs der Staatspapiere drücken; auf keinen Fall aber paßt es sich für die Einzelstaaten, sich auf Kosten der Kommunen einen besseren Markt zu verschaffen. Das Reich hat die Pflicht, die Interessen der Gemeinde zu wahren, wo diese von einzelstaatlichen Interessen bedroht werden. (Bravo! bei den Soz.)

Direktor im Reichsschatzamt Kühn: Die verbündeten Regierungen willigen in die Steuerfreiheit der Staatspapiere ein, werden aber kaum der Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die kommunalen und Landschaftspapiere zustimmen können.

Damit schließt die Debatte. Alle Abänderungs-Anträge mit Ausnahme des ersten Teiles des Antrags Kämpf-Mommsen (Arbitrageverkehrs zwischen inländischen Börsenplätzen) werden abgelehnt, die Kommissionsfassung mit dem genannten Zusatze angenommen. Ebenso wird der Antrag Müller-Fulda über den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes angenommen.

Eine Resolution der Kommission auf Herabsetzung des Lombardzinsfußes für Reichs- und Staatspapiere wird nach unwesentlicher Diskussion angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzentwurfes über die Ausgabe von Reichskassenscheinen von 10 Mk. (statt der bisherigen zu 50 und zu 20 Mk., die durch Reichsbanknoten ersetzt werden sollen).

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) beantragt Absetzung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung, weil er erst in Muße die kürzlich erschienene Denkschrift über die Ausprägung eines Drei-Markstückes studieren will.

Abg. Bassermann (natlib.) widerspricht dem Antrage und leugnet jeden Zusammenhang zwischen der Denkschrift und dieser Vorlage.

Gegen die Rechte wird die Beratung der Vorlage beschlossen.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.) befürchtet das Einreißen einer Zettelwirtschaft und beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel erklärt, daß trotz der Vermehrung der Einwohnerzahl Deutschlands um 50 Prozent, die verbündeten Regierungen es ablehnen, die 120 Millionen Kassenscheine zu vermehren, weil sie ebensoweing wie der Vorredner eine unsolide Zettelwirtschaft fördern wollen.

Kleines Feuilleton.

Bütteldienste der Berliner Universität bei der Russenhetze.

In der Frankfurter Zeitung schildert ein russischer Student, der fünf Semester in Berlin studiert hat und kürzlich mit ausgewiesen wurde, wie die Berliner Universitätsbehörde und die berüchtigte Berliner politische Polizei zusammenarbeiten. Der Student schreibt:

„Als ich mich (auf dem Polizeipräsidium) über die Ursachen meiner angeblichen „Lästigkeit" zu erkundigen bemühte, bekam ich die Antwort: „Sie wissen es selbst." Eine wirklich klassische Antwort! Endlich warf mir der Polizeirat „revolutionäre Umtreibereien" vor. Und als ich auf mein ununterbrochenes Studium aller Zweige der deutschen Rechtswissenschaften hinwies, das mir keine Zeit zur „Revolution" gewährte, bekam ich zu hören: „Haben Sie auch am 18. März zu Hause gesessen?" Daraus erfuhr ich, daß es in Preußen ein Verbrechen gibt, das im Reichs-Strafgesetzbuch merkwürdigerweise nicht aufgezählt ist, das Verbrechen, das in Abwesenheit vom Hause am 18. März besteht. Zu meinem großen Bedauern habe ich aber auch dieses Verbrechen nicht begangen. Ich habe davon den Polizeirat in Kenntnis gesetzt. Das half aber nichts. Einer von der Ausweisung betroffenen Russin ging es noch besser. Ihr wurde vorgeworfen, sie hätte eine Bebel-Versammlung besucht. Sie hatte den Mut, diese Behauptung zu leugnen, und darauf erfuhr sie, daß sie sich auf den Vorwärts abonniere. Aber auch diese Behauptung entsprach nicht den Tatsachen. Sie wurde trotzdem ausgewiesen. Uebrigens wurde einem anderen Russen, nachdem sich die ihm zugeschriebenen „lästig" machenden Tatsachen als falsch herausgestellt hatten, gesagt, „der Staat habe höhere Gründe" . . . Kurz und bündig und wiederum klassisch.

Dennoch dachte ich mir, die Sache ist für mich als Studenten nicht so schlimm. Ich bin ja akademischer Bürger und soll als Fremdling von den Universitätsbehörden den doppelten Schutz gegen Willkür der Polizei genießen. Mit diesem Gedanken wandte ich mich an den Rektor Magnifikus. Die Dialoge, welche zwischen mir und dem Professor der klassischen Philologie, Geheimrat Diels, in Gegenwart des Herrn Universitätsrichters Dr. Daude stattgefunden haben, verdienen wiedergegeben zu werden.

„In Ihrer Sache läßt sich nichts machen" — das waren die ersten Worte, mit denen Seine Magnifizenz mich empfing, ein Verzeichnis der ausgewiesenen „Universitätsbürger" vor sich haltend, das die engen Beziehungen, die zwischen Polizeipräsidium und der universitas literarum herrschen, bezeugen sollte.

„Aber, Euer Magnifizenz, wir sollen doch zunächst unseren direkten Vorgesetzten unterworfen sein und dem Universitätsgerichte unterliegen."

„Das bezieht sich nur auf Inländer. Die Ausländer sind in erster Linie auf die Polizeiverordnungen angewiesen."

„Ich möchte wenigstens bitten, Sie wollen die Güte haben, nur in dem Sinne einzuschreiten, daß die von der Polizei gegen mich angeführten Gründe geprüft werden. Ich bin meinerseits bereit, den Beweis zu führen, daß diese Gründe ungerechtfertigt sind; möge doch die Polizei die Wahrheit der Gründe beweisen."

„Dafür können wir nichts."

„Kann ich wenigstens ein Abgangszeugnis bekommen ohne Angabe der Ausweisung?"

„Sie sind schon auf Anzeige der Polizei gelöscht."

„?!

„Das wird amtlich gemacht."

„Offen gesagt, bleibt es für mich unverständlich, was denn meine Ausweisung durch die Polizei mit der Löschung in der Universität amtlich zu tun hat? Kommt also auch in mein Abgangszeugnis ein Vermerk über die Ausweisung?"

Se. Magnifizenz sind durch diese Frage offenbar in Verlegenheit geraten: Sie wisse es selbst nicht.

„Aber gewiß!" entscheidet Dr. Daude, der bis jetzt stillschweigend dem ganzen Gespräche beigewohnt hatte. Derselbe Dr. Daude erwiderte einem ausgewiesenen Studenten, der, des Besuchs einer Bebel-Versammlung beschuldigt, an den Richter die Frage richtete, ob denn nicht die akademischen Bürger alle Versammlungen besuchen dürften: „Sie dürfen es, aber die Polizei darf Sie auch nach Belieben ausweisen. . . ."

„Gewiß", wiederholten Se. Magnifizenz.

„Wieso denn, Ew Magnifizenz? Ich habe hier fünf Semester studiert, habe eine ganze Menge Geld bezahlt, und jetzt gehen mir mein Geld und meine Mühe verloren, indem mir der Zutritt zu allen Universitäten Deutschlands abgesperrt wird."

Se. Magnifizenz sind wiederum in Verlegenheit, und Herr Dr. Daude kommt wiederum Se. Magnifizenz zu Hilfe:

„Sie sind nur aus Preußen ausgewiesen, das geht die übrigen Staaten nichts an."

In der Tat, drei Tage später bekam ich in Beantwortung meiner Anfrage aus einer Universität eines der liberalsten deutschen Staaten die Nachricht, daß ich dort nicht immatrikuliert werden könne und zwar wegen des Vermerks auf dem Abgangszeugnis. (!)

Nun war in der Universität die Sache erledigt. Es blieb mir nichts übrig, als die Antwort des Polizeipräsidiums auf mein Gesuch über Fristverlängerung abzuwarten. Diese erfolgte nach acht Tagen und hatte folgenden Wortlaut: „Nach erneuter Prüfung der Sachlage habe ich keinen Anlaß, meine Ausweisungsverfügung zurückzunehmen oder Ihnen eine längere Frist zu gewähren." J. V. Unterschrift.

Auf welche Weise erfolgte nun die Nachprüfung? Etwa vier Tage, bevor ich diese Antwort erhalten hatte, erschien in meiner Wohnung ein eleganter Herr, ein Polizeibeamter. Die von diesem Staatsdiener unternommene „erneute Prüfung" bestand darin, daß ich auf eine Reihe von Fragen zu antworten hatte. Zunächst, ob ich wirklich bis zum 1. Oktober einen Mietsvertrag abgeschlossen hätte? Daraufhin zeigte ich dem Herrn den Vertrag vor. Er wollte wissen, daß ich die Wohnung leicht abtreten könne (macht ja nichts, daß laut Vertrag ich dazu nicht berechtigt bin). Dann: ob ich bereits fürs Sommersemester „immatrikuliert" sei? Eine vortreffliche Frage, die von der Kompetenz des Nachprüfers zeugt. Was dann schließlich den Gesundheitszustand meiner Hausangehörigen betrifft (ich habe mich in dem Gesuch auf die Nervenerschütterung meiner Mutter berufen, die zu jeder Zeit von jedem Arzt bestätigt werden könnte), so entschied der Herr, daß dieser politkommen gut ist. Woher er es weiß — darüber mögen seine Vorgesetzten entscheiden. Die auf solche Weise eingeleitete „Prüfung", die im übrigen alles das, was ich angeführt habe, bestätigte, gab dem Polizeipräsidium „keinen Anlaß" usw.

Es sei noch bemerkt, daß der Ausgewiesene mit Mitteln hinreichend versehen war. Denn er hatte einen Monatsbezug von 200 Mark, für einen Studenten immerhin ein ganz anständiger Wechsel, der nicht befürchten läßt, daß dieser Ausländer einst der Armenverwaltung zur Last fallen könnte.

Aus der Schilderung des Studenten geht klar und deutlich hervor, daß die Vertreter der so hoch gerühmten deutschen Wissenschaft sich zu ganz gewöhnlichen und schmutzigen Schergendiensten für die zurzeit vor der ganzen Welt am Pranger stehende preußische Polizei hergeben. Und aus den Reihen der deutschen Professoren und der an ihren Kneipitischen Freiheitsliedern gröhlenden deutschen Studenten kommt kein Protest gegen dieses Treiben! Wahrlich, wir haben es mit unsrer Kultur herrlich weit gebracht!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060516-15/fragment/page=0005

Abg. **Oertel** (natlib.) befürwortet die Vorlage und bittet den Antrag Arendt auf Kommissionsberatung abzulehnen.

Abg. **Kämpf** (Freis. Volksp.) hält im Einklang mit dem Reichsschatzsekretär eine Vermehrung der Reichskassenscheine nicht für angebracht. Um dem Bedürfnis nach Papiergeld begegnen zu können, sind die kleinen Banknoten geschaffen worden. Die Konsequenz ist die Einziehung der Reichskassenscheine von 50 und 20 Mark. Bei unseren 4000 Millionen Mark Goldmünzen und 800 Millionen Mark Silbermünzen ist es Uebertreibung, von Zettelwirtschaft zu reden. Auch ich bitte, den Antrag auf Kommissionsberatung abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimme des Abg. Dr. Arendt abgelehnt. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.) beantragt Aussetzung der zweiten Lesung.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. **Arendt** beantragt die Vertagung.

Zur Unterstützung des Antrages erheben sich einige Konservative.

Die Unterstützung reicht nicht aus. (Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem** eröffnet die zweite Beratung des § 1 und schließt sie sofort, da das Wort nicht verlangt wird.

Abg. Dr. **Arendt** (Reichsp.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Graf **Ballestrem**: Das Bureau schließt sich dem Zweifel an; wir müssen also die Verhandlung abbrechen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Diätenvorlage und Mantelgesetz).

Schluß 6 Uhr.

Bergarbeiter-Streik in Mitteldeutschland.

Zeitz, den 15. Mai.

Keine Einigung, aber eine Verschärfung der ganzen Situation.

Der Kampf ist mit gestern, als den ersten Tag der 8. Woche wiederum in ein neues Stadium getreten und die Situation hat sich ganz bedeutend verschärft!

Das ist die Signatur des heutigen Tages. Es ist notwendig die Arbeiterschaft ganz Deutschlands darüber aufzuklären, wieso das gekommen ist. — Fußend auf die Resolution der Halleschen Konferenz vom 29. April erklärten die vereinigten Unternehmer auf der Basis derselben sich zu Verhandlungen bereit. Nachdem im Laufe der vorvorigen Woche zwei Gesellschaften im allgemeinen befriedigende Zugeständnisse gemacht hatten, wurde dies den übrigen Werks-Verwaltungen mitgeteilt, mit den Bemerkungen, daß auf Grundlage jener Zugeständnisse mit den übrigen Gesellschaften weitere Verhandlungen geführt werden möchten. Wenn dabei einheitlich Verbesserungen herauskämen, könnte die Wiederaufnahme der Arbeit, also ein dauernder Friede erfolgen.

Gewissermaßen als Antwort hierauf erfolgte eine Bekanntmachung — und zwar ausgerechnet am Sonnabend nachmittag der vorvorigen Woche! — in der alles abgeleugnet resp. als auf Irrtum beruhend hingestellt wurde. Der Erfolg auf diesen Schachzug blieb freilich aus und die Arbeiter fuhren am darauffolgenden Montag nicht an. Wohl aber begannen am Dienstag Verhandlungen zwischen den aus der Mitte der Streikenden gewählten Kommissionen und den Werks-Verwaltungen. Das Ergebnis derselben war im allgemeinen befriedigend. Einige Werke des Meuselwitzer Reviers hatten sich allerdings bockbeinig gestellt, doch kamen diese für das gesamte Streikgebiet kaum in Betracht.

Als die Situation geklärt, fanden am Donnerstag, den 10. Mai, für das gesamte Streikgebiet sechs Massen-Versammlungen statt. In jenen Versammlungen wurde einer Resolution begeistert zugestimmt, welche ausdrückte, daß die mündlich gegebenen Zusicherungen in bindender Form schriftlich zum Ausdruck gebracht werden möchten und die Uebertags-Arbeiter noch einer geringen Aufbesserung ihrer Löhne bedürftig seien.

Am nächsten Tage, den Freitag voriger Woche, fanden dann weitere Verhandlungen mit den Werks-Vertretern statt. Die gesamte bürgerliche Presse schrieb bereits, daß mit der Aufnahme der Arbeit am Montag bestimmt zu rechnen sei.

Inzwischen sind die im Zeitz-Weißenfelser Bergwerks-Verein und im Verein für bergbauliche Interessen organisierten Unternehmer zu einer Konferenz in Leipzig, Hotel Hauffe, zusammengetreten. Zweifellos haben bei der Konferenz die Scharfmacher, Herren Fabian und Konsorten, die Oberhand gewonnen! Den Kommissionsmitgliedern war versprochen worden, sie sollten sich die schriftlichen Bescheide am Sonnabend abholen. Schon die Art, wie sie bei der Gelegenheit behandelt wurden, ließ nichts Gutes vermuten. Stellenweise war die Behandlung gerade brüsk und brutal! Es wurde ihnen bedeutet, sie möchten sich die schriftlichen Zusagen auf den Werken abschreiben. Dort hatte man aber folgende **Bekanntmachung** angeschlagen:

Abgesandte der Ausständigen unserer Belegschaft haben wegen etwaiger Zugeständnisse bei uns angefragt. Es ist ihnen erklärt worden, daß sie nichts anderes zu erwarten hätten, als was ihren gerichteten Kameraden gegeben oder in Aussicht gestellt ist. Insbesondere wird bekont: Daß ein Mindestlohn oder ein Durchschnittslohn im Gedinge nicht garantiert wird, daß die Schichtlöhne eine weitere Aufbesserung als geschehen oder in Aussicht gestellt ist, zur Zeit nicht erfahren können. Maßregelungen wegen Beteiligung am Ausstande nach Wiederaufnahme der Arbeit nicht in Aussicht genommen sind, daß die zugesagte Verkürzung der Arbeitsschicht unter Tage eingeführt werden soll sobald und sofern die technischen Einrichtungen es gestatten (!!) und die Belegschaft es in ihrer Mehrzahl verlangt, daß etwa ihre Wünsche auf Abänderung der Arbeitsordnung auf dem gesetzlichen Wege behandelt werden sollen. Außerdem wird bekannt gemacht, daß jedem Arbeiter sofort gekündigt wird, der andere Arbeiter wegen Nichtbeteiligung am Ausstande belästigt, bedroht oder beschimpft.

Unterschriften . . .

Mehrere Gesellschaften, so die Sächsisch-Thüringische, hatten ihre separaten Zugeständnisse zwischen die Zeilen dieses Ukasses handschriftlich hineingebracht. Offenbar ist ihnen im Hinblick auf die Wirkungen, die jene Wische auf die Ausständigen ausüben mußten, selbst bange geworden!

Die Empörung unter der Arbeiterschaft machte sich denn auch in der Tat in elementarer Weise Luft. Die gestrigen Massenversammlungen in den Revieren waren wieder überfüllt. Nach den einleitenden Referaten verlangten die Bergleute stürmisch die Fortsetzung des Streiks, die dann auch allenthalben einstimmig beschlossen wurde! Draußen aber tobte und gährte es in den Straßen und auf den Wegen gerade so, wie zu der Zeit, als der Verrat der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine offenkundig wurde.

Die positive Wirkung der Bekanntmachungen erfuhr man heute morgen: Nirgends Streikbrecher, wohl aber eine Erhöhung der Streikenden! Selbst die bürgerliche Presse gibt ohne weiteres zu, daß die Zahl der Streikenden heute höher ist als je zuvor. Dieselbe Presse flunkert aber im gleichen Atemzuge, daß die Mittel des Bergarbeiterverbandes erschöpft seien. Dem wird aber vom Bergarbeiterverbande selbst auf das Entschiedenste entgegengetreten. An der finanziellen, der Unterstützungsfrage scheitert der Streik nicht und wenn er noch so lange dauern sollte!!

Schiller als Gutachter in Unfallsachen. Dieser Tage ist vor dem Reichsversicherungsamt eine Unfallsache verhandelt, in der mit Erfolg Schiller gegen die unfallärztliche Annahme ins Feld geführt wurde, daß der Verletzte sich an Schädigungen, ja an Verluste von Gliedern völlig gewöhne. Ein Sammethandweber zu Dülken hatte durch Betriebsunfall den rechten kleinen Finger verloren, wofür er 15 Prozent Rente erhielt, die ihm später von der Berufsgenossenschaft wieder entzogen wurde. Die Berufung beim Schiedsgericht war erfolglos. Der Verletzte wandte sich nun an das Reichsversicherungsamt, das ein Gutachten von dem Gewerberat Breda zu Krefeld einforderte. Dieser erstattete ein ausführliches Gutachten, worin gesagt ist: Die Frage des Reichsversicherungsamtes, welche Funktionen der kleine Finger der rechten Hand bei der Beschäftigung auszuüben habe, beantworte ich folgendermaßen: „Die menschliche Hand ist bekanntermaßen ein seiner komplizierter Apparat und die scheinbar einfachsten Manipulationen sind, kinematisch betrachtet, sehr verwickelter Art. Deswegen läßt sich auch schwer auseinandersetzen, welche Funktionen gerade der kleine Finger an der rechten Hand bei der Beschäftigung des Klägers auszuüben hat. Es müssen vielmehr die Finger der rechten Hand als ein unteilbares Ganzes betrachtet werden. So läßt Schiller, der bekanntlich auch Medizinerwar, seinen Wachtmeister in Wallensteins Lager sagen:

Zum Exempel, da hack mir einer
Von den fünf Fingern, die ich hab',
Hier an der Rechten den kleinen ab.
Habt ihr mir den Finger bloß genommen?
Nein, beim Kuckuck, ich bin um die Hand gekommen!"

Das Reichsversicherungsamt hob das Urteil des Schiedsgerichts auf und erkannte dahin, daß dem Kläger eine zehnprozentige Rente zuzubilligen sei. Wenn in Unfallsachen, so bemerkt der Vorwärts dazu treffend, endlich mit der verkehrten Praxis gebrochen würde, über die Höhe der Erwerbsbeschränkung mit der technischen Arbeit unvertraute Aerzte und statt dessen technische Sachverständige zu hören, so würden in zahlreichen Fällen die im Dienste der Arbeit Verletzten eher als heute zu ihrem Recht kommen. Auf so verständig und sozial urteilende Aerzte wie Schilley ist in Unfallsachen äußerst selten zu rechnen.

Aus Gendarmerie-Anzeigen. Gerade als er mich fast überwältigte, hatten wir das Glück, einem Mistfuhrwerk zu begegnen. —

Rubrikat war zuvorkommend und schlug ihn mit dem Säbel auf den Kopf. —

Diese Druckschriften beschlagnahmte ich, denn es wimmelte in ihnen nur so von Liebes- und Geschlechtsleben. —

Um mich zu beleidigen, gab er einen Wind von sich; und zwar nicht etwa fahrlässig, sondern er hat sich, wie ich bestimmt bezeugen kann, zur Hervorbringung des Windes angestrengt, um denselben den zu seiner Bestimmung geeigneten Ausdruck zu verleihen. (Zugend.)

Halle und Saalkreis.

Halle, 15. Mai.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Der frevelhafte Leichtsinn eines Bauunternehmers, der einem braven Arbeiter das Leben und einem andern die Gesundheit kostete, wird wenigstens die eine wohltätige Folge haben, daß auch in Halle Baukontrolleure angestellt werden. Die an anderer Stelle dieser Nummer veröffentlichte Petition der Bauarbeiter-Schutzkommission fand günstige Aufnahme und wurde vom Magistrat unterstützt. Herr Rive teilte mit, daß der Magistrat schon am Freitag eine Vorlage beschlossen habe, welche die Anstellung von vier Bauschutzleuten fordert. Hoffentlich wird der glückliche Vorsatz nicht dadurch unfruchtbar gemacht, daß er durch bureaukratische Engherzigkeit in eine Sackgasse geleitet wird. Was not tut, ist die Kontrolle durch praktische, charakterfeste Maurer, Zimmerer oder sonstige Bauarbeiter, die mit den Schlichen gewissenloser Bauunternehmer genau vertraut sind und das Vertrauen ihrer Kameraden besitzen. Im Magistrat ist der Gedanke aufgetaucht, frühere Pioniere als Bauschutzleute oder Baukontrolleure anzustellen. Das würde sich, so gut es gemeint sein mag, als Mißgriff herausstellen. Leben und Gesundheit der Arbeiter sollen geschützt werden; und das geschieht am sichersten durch Arbeiter selbst. Was sich in München bestens bewährt hat, wird sich auch hier als nützlich erweisen.

Eine lange und interessante Debatte entspann sich über die Verpachtung des Stadttheaters. Herr Richards hörte von der Tribüne aus den Verhandlungen zu. Er hatte bis zum Beginne der Sitzung keine bindende Erklärung abgegeben. Erst während der Verhandlung, als die Karre schief zu gehen drohte, ließ er dem Ersten Bürgermeister die schon vorher fertiggestellte schriftliche Einwilligung in alle ihm gestellten Bedingungen überreichen. Herr Rive verlas auch sofort den Brief, der ohne Zweifel die Chancen des Herrn Richards wesentlich besserte. Nicht einer war im Kollegium, der nicht ganz gern Herrn Richards wieder den Zuschlag erteilt hätte. Was aber mit Recht gefordert wurde, war die zuverlässige Mitteilung über die Höhe des Reingewinnes, den das Stadttheater abwirft. Herr Richards hat denselben zwar „nur" auf 25 000 M. im vorigen Jahre beziffert. Da hat er aber weit über 15 000 M. an persönlichen Geschäftsunkosten in Abzug gebracht, und auch sonst ist die Aufstellung nicht schlüssig gewesen. Noch heute weiß darum niemand, ob der von Herrn Richards gebotene Pachtschilling von 31 000 M. angemessen ist.

Aus diesem Grunde stimmten 19 Stadtverordnete für Ausschreibung, während 30 für den sofortigen Zuschlag an Herrn Richards eintraten, der allen Anlaß hat, den gestrigen Tag als einen großen Glückstag rot anzustreichen. Nicht unerwähnt darf bleiben das Verhalten des Herrn Grote in dieser Frage. Erst erklärte sich Herr Grote für Ausschreibung der Verpachtung und berief sich dabei auf die gleiche Meinung des Stadtverordneten Schmidt: Mit einigen bei Herrn Grote nicht mehr auffallenden Wendungen brachte er es trotzdem fertig, seine Rede mit einer Empfehlung der Wiederverpachtung an Herrn Richards zu schließen. Und als dann Genosse Thiele auf den verdächtigen Eifer aufmerksam machte, mit dem Herr Richards mitten während der Verhandlungen seine Einwilligung in die neuen Bedingungen erklärt habe, was mit Sicherheit darauf schließen lasse, daß er auch noch mehr geboten haben würde, da war es wieder Herr Grote, der lächelnden Mundes erklärte, er könne das Herrn Richards nicht verdenken, an seiner Stelle würde er ebenso gehandelt haben. Konsequenz sieht anders aus.

Nachdem noch dreizehn Vorlagen debattelos genehmigt und einige andre, wie die Geschäftsordnung für die Rechts-Auskunftsstelle und ein Nachtrag zum Statut der Riebeckstiftung vertagt worden waren, erfolgte 5/48 Uhr Schluß der öffentlichen Sitzung.

In der geschlossenen Sitzung wurde gegen etwa acht Stimmen der Antrag abgelehnt, Herrn Stadtrat Walger die Rückzahlung der 500 Mk Umzugskosten zu erlassen. Als Armenpfleger wurden bestätigt für den 6. Bezirk Kaufmann Immermann, Kl. Ulrichstraße 10, für den 18. Bezirk Druckereibesitzer Kutschbach, Alte Promenade 19, für den 23. Bezirk Herr Schlüter, Viktor Scheffelstraße 7, für den 28. Bezirk Herr Juckoff, Merseburgerstraße 107, für den 24. Bezirk Herr Leonhardt, Neilstraße 4.

Die Anstellung von Baukontrolleuren.

Von der Bauarbeiter-Schutzkommission ist folgende Eingabe an den Magistrat und die Stadtverordneten gerichtet worden:

Bei dem furchtbaren Unglück in der Glauchaerstraße am 9. Mai infolge Einsturzes eines Stallgebäudes wurde der Bauarbeiter Mappes auf der Stelle getötet der Arbeiter Albert Eckert aufs schwerste und der Maurer Becker leichter verletzt, während sich zufällig der Maurer Halm durch einen Sprung ins Fenster noch retten konnte.

Das Unglück wäre nicht möglich gewesen, wenn Baukontrolleure angestellt wären, die den verbrecherischen Leichtsinn des Bauunternehmers Max Lüttich, von dem das eingestürzte Stallgebäude errichtet worden ist, ohne Zweifel rechtzeitig entdeckt haben würden.

Den Beamten der Baupolizei wird es beim besten Willen nicht möglich sein, eine so eingehende und oft wiederholte Kontrolle der Neubauten vorzunehmen, wie sie erforderlich ist, wenn ähnliche Vorkommnisse unmöglich gemacht werden sollen. — Die Forderung auf Anstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der praktischen Arbeiter ist schon alt und in München bereits seit fünf Jahren mit dem allerbesten Erfolge durchgeführt worden.

Der einzelne Arbeiter ist machtlos gegenüber den gewissenlosen Verletzungen der Bauvorschriften durch die Bau-Unternehmer, weil er Gefahr läuft, sofort brotlos gemacht zu werden, wenn er Widerspruch erhebt. Nur durch angestellte Baukontrolleure kann weiteren Unglücken der gedachten Art vorgebeugt werden. Es sei daran erinnert, daß gleichfalls infolge unerhörter Gewissenlosigkeit des Unternehmers vor drei Jahren ein Haus in der Jakobstraße eingestürzt ist und vor zwei Jahren ein Teil des Eckgebäudes samt Giebel in der Krukenbergstraße.

Jeder Maurer weiß, daß jetzt viel Schwindel getrieben wird bei Verwendung des Bindematerials vom Mörtel. Statt Sand werden verwendet: durchgesiebter Scheuersand, Bauschutt, Lehm oder Mutterboden. Welche Unglücksfälle hierdurch in der Zukunft noch passieren werden, vermag niemand zu sagen. Auch das Haus in der Ludwigstraße ist vor fünf Jahren erst eingestürzt, nachdem es schon einige Jahre gestanden hatte und bewohnt gewesen ist.

Aus alledem ergibt sich, daß ungesäumt eingegriffen werden muß. Der sicherste Weg ist die Anstellung von Bau-Kontrolleuren aus den Reihen praktischer Arbeiter. — Sollte die Ausgabe für Anstellung der etwa erforderlichen vier Bau-Kontrolleure der Stadt zu hoch sein, so werden die beteiligten Arbeiterverbände gern bereit sein, die Kosten anteilig zu tragen. Bemerkt sei noch, daß eine scharfe Kontrolle nicht nur bei Ausführung von Hochbauten erforderlich ist, sondern auch bei Abbruchsarbeiten und Tiefbauten. Auch bei diesen Arbeiten würde den Kontrolleuren die Aufgabe zufallen, auf genaue Beachtung der Unfallverhütungs-Vorschriften sowie der polizeilichen Schutzbestimmungen zu dringen.

Wir bitten deshalb,

die städtischen Kollegien wollten die Anstellung von Baukontrolleuren aus den Reihen der Arbeiter möglichst bald in die Wege leiten.

Die Bauarbeiter-Schutzkommission.
J. A.
Karl Deege,
Geschäftsführer der Maurer von Halle u. Umgebung,
zugleich im Namen des Verbands der Zimmerer, der Bauarbeiter, der Maler, der Glaser, der Stukkateure, der Bildhauer, der Bautischler, der Klempner, der Dachdecker, der Töpfer, der Steinsetzer, der Gemeindearbeiter.

Wie aus dem Bericht über die gestrige Stadtverordnetensitzung ersichtlich ist, wurde die Petition zur schleunigen Erledigung der Baukommission überwiesen, und der Magistrat befürwortete gleichfalls dringend die Anstellung von Bauschutzleuten. Die Hauptsache ist, daß die Kontrolleure oder Bauschutzleute — auf den Namen kommt es nicht an — den Reihen der praktischen Bauarbeiter entnommen werden und das volle Vertrauen ihrer Berufskollegen besitzen.

Die Delegierten der Bauarbeiter-Schutzkommission werden ersucht, zu der am Mittwoch, den 16. Mai, abends 8½ Uhr, stattfindenden außerordentlichen Sitzung pünktlich und vollzählich erscheinen zu wollen.

Immer noch mehr Maßregelungen wegen der Maifeier.

Diesmal betrifft es die Steinarbeiter. Folgendes Schriftstück fliegt uns auf den Redaktionstisch:

Berlin, Linstr. 15, den 4. Mai 1906.

An die Mitglieder
des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte.

Bei unsern Verbandsmitgliedern G. Günther sowie Daul u. Dollert in Leipzig sind in den Beuchaer Betrieben beider Firmen die auf beiliegender Liste nach Anfangsbuchstaben geordneten Steinmetzen, Pflastersteinhauer und Tagelöhner in den Ausstand getreten.

Veranlassung: Den Arbeitnehmern war das Fortbleiben am 1. Mai von der Arbeit untersagt, widrigenfalls zwei weitere Tage nicht gearbeitet werden sollte

Unter Hinweis auf § 2 unserer Satzungen und auf die Beschlüsse der letzten Hauptversammlung des Verbandes, die Maifeier betreffend, ersuchen wir um Schutz der betroffenen Geschäfte. (!)

Hochachtungsvoll
Das Geschäftsamt
des Verbandes deutscher Steinmetzgeschäfte.

Verzeichnis der bei G. Günther-Leipzig und Daul u. Dollert-Leipzig in den Beuchaer Betrieben in den Ausstand getretenen Steinarbeiter.

(Folgen die Namen von etwa 240 Steinarbeitern.)

Wie das vereinigte Unternehmertum „zum Schutze der betroffenen Geschäfte" zusammensteht, wenn Arbeiter gemaßregelt werden, dafür hier ein treffendes Beispiel.

In welche Organisation gehören die Handlungsgehilfen?

Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband hielt am Freitag abend im oberen Saale der Thalia-Festsäle eine Handlungsgehilfen-Versammlung ab, in der ein Herr Döring aus Hamburg ein Referat über Soziale Zeit- und Streitfragen zum besten gab. Nachdem der Redner im allgemeinen über den schädlichen Einfluß der Handelskammern für die Handlungsgehilfen gesprochen hatte, erging er sich im speziellen auch über die Frauenfrage im Handelsgewerbe. Köstlich war

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219060516-15/fragment/page=0006

es da anzuhören, welcher Geist in bezug auf diese Frage jene deutsch-nationalen Herren noch beherrscht. Zumächst sprach sich der Referent gegen die Errichtung von Handelsschulen für weibliche Handelsangestellte aus. Man solle dafür lieber Koch schulen errichten, damit dem Vaterlande tüchtige Frauen und Mütter geschaffen würden, die auch mit knappem Einkommen (!) den Haushalt führen können. Aber ins Handelsgewerbe gehöre die Frau nicht. (Meinen denn jene Herren, daß die immense Zahl der weiblichen Handelsangestellten in die Geschäfte gehen, vom frühen Morgen bis späten Abend frohen würden, um sich ein Taschengeld zu verdienen. Sollten sie wirklich nicht wissen, daß es eine Folge unserer heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, daß die Frau als Lohnsklavin im Handel auftreten muß.) Sehr gering schätzte Redner die Mitglieder seines Verbandes insofern ein, als er sagte: Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband nehme deshalb auch keine weiblichen Mitglieder auf, weil ein Zusammensein mit Frauen dem Verbande der Ernst der Sache genommen würde. (!!!) Herr Döring muß ja seine Mitglieder kennen. Im weiteren empfahl der Referent den Handlungsgehilfen, von der organisierten Arbeiterschaft zu lernen, die durch ihr einmütiges Zusammenhalten immer Erfolg mit Erringung ihrer Forderungen haben. Dazu gehöre allerdings Bekennermut. (Wo war denn dieser Bekennermut, als am 18. März v. J. zirka 70 organisierte Handlungsgehilfen des Warenhauses W. Jacobsen-Kiel, wegen rigoroser Behandlung in den Streik traten? Da waren es Deutsch-nationale Handlungsgehilfen, die sodiel Bekennermut besaßen und sich zu Streikbrecherdiensten hergaben. Da war es traurigste Unterwürfigkeit, der sogar den Standesdünkel der Herren Handlungsgehilfen verschwinden ließ, sonst hätten sie wohl nicht die Hausknechtsarbeiten verrichtet. Der Bekennermut steckt eben bei den Herren lediglich in der Theorie, in der Praxis ist er allerdings verdreckt!)

In der Diskussion, in welcher ein Herr R. das Wort ergriff und in sachlichen, jeden persönlichen Moments entbehrenden Ausführungen den Referenten auf die Fülle von Widersprüchen im Deutsch-nationalen Verband aufmerksam machte und unter anderen auch darauf hinwies, daß die Handlungsgehilfen besonderen Wert auf die Kommunal-Wahlen legen sollten, damit Leute in die Parlamente hineingewählt würden, die im voraus eine energische Vertretung für eine gesunde Gesetzgebung garantierten, wies er auch darauf hin, daß in Frankfurt, wo im Stadtparlament die Sozialdemokratie die Mehrheit bildet, günstigere Bedingungen für die Handlungsgehilfen geschaffen wären, als wie sie in anderen Städten — Halle a. S. — wo Beamte in der Ueberzahl sind, in Erscheinung treten.

Auch wir können diesen Herren nur empfehlen, sich dem Verbande anzuschließen, der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, uns alle Tage beweist, daß es ihm ernst ist um die Befreiung der Handlungsgehilfen aus ihrer Knechtschaft. Hinein in den Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands!

Anmeldungen zum Handlungsgehilfenverband nimmt jederzeit entgegen der Vorsitzende J. Sanow, Landsbergerstr. 13.

Im Freidenker-Verein

setzt am Mittwoch, den 16. Mai, Genosse Molkenbuhr seinen Vortrag über Das Leben Jesu fort. Während in dem ersten Teil des Vortrages die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im sogenannten Heiligen Lande dargestellt wurden, ferner die Geburts-, Jugend- und Lehrzeit des „Heilandes", soll in der Fortsetzung des Vortrages die Frage erörtert werden, wie er seine Mission erfüllt und welcher Art seine Lebensphilosophie gewesen ist. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Auch Gäste, besonders Frauen, sind willkommen.

---

* **Die städtischen Freibäder** in den Bulverweiden werden vom 16. Mai d. J. ab geöffnet sein. Es ist in der Zeit von morgens 6 bis abends 9 Uhr jedermann gestattet, dort ohne Entgelt zu baden.

* **Das General-Kommando des 4. Armeekorps** teilt uns folgendes mit:

In der Nr. 91 des Volksblattes vom 20. April heißt es: Im Walde bei Wörmlitz sei die Leiche eines Feld-Artilleristen vom 75. Regiment gefunden worden. Der Mann habe das Futter der Uniform nach außen gewendet gehabt, augenscheinlich sei der Mann verhungert; es sei wichtig zu erfahren, was den Mann veranlaßt hat, den qualvollen Tod der Rückkehr in die herrliche Ferienkolonie vorzuziehen. Die Leiche sei in Wörmlitz beerdigt worden.

Der wahre Sachverhalt ist folgender:

Ein Kanonier des genannten Regiments hat sich am 20. März ohne Urlaub entfernt und mit umgekehrtem Rocke bei Wörmlitz umhergetrieben. Er ist noch am Nachmittage desselben Tages in die Kaserne zurückgekehrt. Auf Befragen hat erklärt, keinen Grund zu der Entfernung gehabt zu haben.

Kein Mann des Regimentes ist um die fragliche Zeit gestorben.

Von seiten des General-Kommandos
Der Chef des Generalstabes
Halm, Oberstleutnant.

Wir hatten damals die Angelegenheit in Form einer Frage an das General-Kommando mitgeteilt. Die Antwort ist eingetroffen und wir sind einstweilen befriedigt.

* **Auf der Straße entbunden.** Gestern mittag 12½ Uhr ereilte der hochschwangeren Arbeiterfrau R., Körnerstraße wohnhaft, das Unglück, daß sie auf offener Straße ohnmächtig und von Kindswehen überrascht wurde. Die Frau wurde von hilfreichen Menschen in ein Haus gebracht, wo das Nötige veranlaßt wurde. Schließlich schaffte man die Frau in ihre Wohnung.

* **Unfälle.** Beim Eisabladen verunglückte in der Breitestraße der Arbeiter Becken. Die Pferde zogen plötzlich an und der Wagen ging dem P. über den Fuß. P. wurde ins Krankenhaus gebracht. — Vor dem Hause Gütchenstraße 14 stürzte eine Frau so unglücklich, daß sie beide Handgelenke brach und nach der Klinik geschafft werden mußte.

* **Der Mann, der das Haus entwendet hat,** worüber wir seiner Zeit berichteten, stand gestern in der Person des Gärtners Franz Block von hier zur Aburteilung vor der Strafkammer. Der Angeklagte, der wiederholt vorbestraft ist, hat in der Wörmlitzerstraße ein dem Fabrikanten Stückrat gehöriges Gebäude ohne Erlaubnis niedergerissen und das Material davon verkauft. Er will zum Abbruche, allerdings unter falschem Namen, bei dem Eigentümer des Hauses die Erlaubnis nachgesucht haben, in der Hoffnung die Erlaubnis zu bekommen. Der Angeklagte erklärte, der Abbruch habe ihm viel Geld gekostet, denn er habe sich dazu drei Arbeiter engagiert, die er längere Zeit beschäftigen mußte. Der Angeklagte wurde wegen Diebstahls mit sechs Monaten Gefängnis und wegen Beilegung eines falschen Namens mit einer Woche Haft bestraft.

* **Verworfene Revision.** Wegen gefährlicher Körperverletzung ist am 24. November v. J. vom hiesigen Landgericht der Gelbgießer Richard Heinicke aus Lettin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er nachts auf der Straße bei einem Streite einen andern mit dem Messer verletzt hat. Seine Revision mit prozessualer Beschwerde wurde gestern vom Reichsgericht verworfen.

* **Gestohlen** wurden heute nacht aus einem Schrebergarten an der Gneisenauerstraße aus einem Stalle zwei alte Kaninchen. Man will den Diebe gefehen haben, denen man auf der Spur ist.

* **Von der Straßenbahn.** Ein Achsenbruch entstand am Sonntag abend an einem Wagen der Fernbahn. Der Verkehr mußte durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. — In der Dreihauptstraße brach an einem auf den Schienen fahrenden Eiswagen ein Hinterrad. Es konnte nur das Nebengleis benutzt werden.

* **Zwei neue Apotheken** sind für den Süden und Nordosten der Stadt genehmigt worden.

* **Eingebrochen** wurde am Montag abend in das Kontor des Kaufmanns Jesau, Gr. Steinstraße. Entwendet wurden Waren im Werte von zirka 40 Mk. Die Täter sind unerkannt entkommen.

* **Diebstahl von Wasserleitungsrohr.** Vom Neubau Berlinerstraße 6 wurden zirka 2½ Meter Bleirohr gestohlen. Der Dieb ist nicht ermittelt.

* **Leichenlandung.** Unweit Lehmanns Felsen wurde gestern früh die Leiche einer ca. 22jährigen weiblichen Person gelandet. Die Personalien sind unbekannt.

* **Zertrümmerte Scheibe.** In der Sonntagsnacht stieß ein Arbeiter einen anderen in eine Schaufensterscheibe der Firma Tausch u. Grosse, Gr. Ulrichstraße. Die Scheibe, welche einen Wert von etwa 100 M. hatte, wurde zertrümmert.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche in Halle-Süd 54 Personen, darunter 12 Ortsfremde, und zwar an: Lungentuberkulose 5, Gehirnhautentzündung 1, Skrofulose 1, Lungenentzündung 6, Scharlach 2, Gehirnschlag 1, Blinddarmentzündung 2, Darmtuberkulose 2, Sprengschußverletzung 1, Influenza 2, Selbstmord 2, Lungenkatarrh 1, Mittelohrvereiterung 1, Typhus 1, Darmkatarrh 4, Altersschwäche 1, Zungencarcinom 1, Stimmritzenkrampf 1, Leberabszeß 1, Diphtherie 1, Krämpfe 2, Brustfellentzündung 1, Nierenentzündung 1, Kindbettfieber 1, Eileiterabszeß 1, Eierstocksgeschwulst 1, Erstickung 1, Bronchitis 1, Gelenkrheumatismus 1, Herzklappenfehler 1, Herzfehler 1, Herzmuskelentartung 1, Arterienverkalkung 1, dazu Totgeburten 2.

In derselben Zeit verstarben in Halle-Nord 23 Personen, darunter 5 Ortsfremde, und zwar an: Herzklappenfehler 1, Gebärmutterkrebs 1, Altersschwäche 2, Progressiver Paralyse 1, Magenkrebs 1, Krebs des Bauchfelles, Apoplexie 1, chronischem Blasenkatarrh 1, Meningitis 1, akuter Pyschosis 1, Osteophagus-Carcinom 1, Bronchitis 1, Lungenentzündung 3, Kindbettfieber 1, Krämpfen 1, Darmtuberkulose 1, infolge Ertrinkens in der Saale (Unglücksfälle) 2, infolge Ertrinkens in der Saale (jedenfalls Mord) 1, infolge Erdrosselung (Mord) 1. Totgeburten 2.

* **Zoologischer Garten.** Heute früh brachte der Zug 6 Uhr 18 aus Leipzig die Bewohner des abessinischen Dorfes, das 14 Tage lang bei uns aufgeschlagen werden wird. Zwei Wagen unserer Straßenbahn fuhren die schwarze Schar durch die Stadt. In der Nähe des Zoologischen Gartens hatte sich bereits eine große Menge von Schaulustigen eingefunden, die sich das bunte Bild der mit all ihren Habseligkeiten bepackten Karawane nicht entgehen lassen wollten. Und es war wirklich ein überaus buntes Bild: die Männer mit ihrem Burnuß, der aber vielfach durch einen europäischen Rock verunziert war, und der eine Folge der Frühjahrskälte ist. Die Frauen in ihren vielfarbigen Gewändern, viele mit einem kleinen Kinde im Tragtuch, das bis zur Hüfte herabhängt, dazu eine ganze Reihe kleiner Buben und Mädchen, das alles bepackt mit Geräten und Bündeln, und wirr durcheinander laufend und in unverständlichen Lauten sich lärmend unterhaltend. Zuerst bezogen die Schwarzen ihre Schlafgemächer, richteten sich dort häuslich ein, und dann gingen sie auf den für sie hergerichteten Dorfplatz, um hier ihre kreisrunden Originalhütten aufzuschlagen. Sie fanden bereits eine ganze Reihe von anderen Hütten vor, wie sie bei jeder derartigen Schaustellung zur Unterbringung der Handwerker 2c. gebaut werden. Der Koch mit seinen Dienern richtete den Küchenplatz her, und es währte nicht lange, so war alles in bester Ordnung. Von morgen ab findet täglich auch vormittags eine Vorstellung statt, nachmittags eine ganze Reihe je nach Bedarf von 3 Uhr nachmittags ab.

* **Aus dem Bureau des Walhalla-Theaters.** Von Mittwoch ab tritt die bekannte Darstellerin Lona im Rahmen einer eigenen Gesellschaft auf. Das Premiere-Programm verspricht eigenartige Darbietungen auf dem Gebiete der Burleske und des übermütigen Schwankes. Zur Aufführung gelangen zunächst: Reine Liebe, Mdme. Bon-Bon und Sie macht Bocksprünge.

* **Aus dem Bureau des Apollo-Theaters.** Ab heute bringen die Berliner Gäste des Deutsch-Amerikanischen Theaters Er und Ich, Volksstück mit Gesang in vier Bildern aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner von Adolf Philipp. Die Hauptrolle des Willy Holm spielt wiederum Herr Adolf Philipp.

Aus den Nachbarkreisen.

Zeitz, 15. Mai. Parteifest. Das Kreis-Parteifest findet nicht am 24. Juli — wie neulich irrtümlich im Volksblatt stand — sondern am **24. Juni in Weißenfels** statt.

Zeitz, 15. Mai. Bericht der Auskunftstelle der Gewerkschaften. Vom 1. März bis 30. April haben die Auskunftstelle 112 Personen in Anspruch genommen. An ihnen wurden 85 mündliche Auskünfte erteilt; die Anfertigung von Schriftstücken machte sich für 27 Personen, wozu 55 Seiten Schriftsatz angefertigt werden mußte, erforderlich. Von den vorgebrachten Anliegen betrafen: Unfallversicherung 19, Invalidenversicherung 13, Mietsachen 12, Krankenversicherung 10, Forderung 7, Alimente, Verlobungs- und Ehesachen je 6, Strafsachen 5, Gesinderecht, Vereinsrecht, Kündigung je 4, Lohnforderung, Erbrecht, Gesuche, Kauf je 3, Steuer, Vormundschaftssache, Schadenersatz, Unterstützungswohnsitz, Werkvertrag je 2, Wahlrecht, Legitimationspapiere, Gemeinderecht, Pfändung, Konkurssache je 1.

Nach Stand oder Beruf geordnet, waren Arbeiter 24, Bergarbeiter, Ehefrauen je 12, Witwen 8, Maurer, Tischler je 6, Kesselschmiede, Schmiede je 4, Zimmerer, Glaser, Maschinisten je 3, Zigarrenmacher, Schuhmacher, Steinhauer, Heizer, Weber, Korbmacher je 2, Gastwirte, Sattler, Geschäftsführer, Schlosser, Former, Dachdecker, Müller, Steindrucker, Inspektor, Lithograph, Lackierer, Handschuhmacher, Maler je 1.

Organisiert waren Bergarbeiter 12, Arbeiter 10, Tischler 5, Maurer, Kesselschmiede, Schmiede je 4, Ehefrauen, Glaser, Maschinisten je 3, Zigarrenmacher, Zimmerer, Weber, Korbmacher, Bildhauer je 2, Sattler, Schuhmacher, Heizer, Geschäftsführer, Schlosser, Former, Müller, Steindrucker, Lithographen, Handschuhmacher je 1.

Ihren Wohnsitz hatten in Zeitz 67, Aue 8, Droyßig 4, Streckau 3, Döbris, Theißen, Kretzschau, Fahrenhain je 2, Bergisdorf, Steingrimma, Frauenhain, Rasdorf, Gr. Pötewitz, Görnitz, Hollsteitz, Hassel, Saßitz, Webditz, Weidau, Grana, Teuchern, Zangenberg, Kl. Osida, Trebnitz, Deuben, Hohenkirchen, Aylsdorf, Schölen je 1.

Die Auskunftstelle befindet sich Ritterstraße 17 und ist geöffnet Montag, Mittwoch, Freitag von 6 bis 8 Uhr abends.

Naumburg, 15. Mai. Elektrische Bahn. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde beschlossen, eine elektrische Zentrale zu errichten und die Straßenbahn in eine elektrische umzugestalten. Die Kraft soll durch Dieselmotore erzeugt werden. Die Ausführung der elektrischen Anlage sowie der Bahn soll der Firma Lahmeier übertragen werden. Die Debatte über die Vorlage war außerordentlich interessant, und wurde dieselbe gegen nur fünf Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen

Bitterfeld, 13. Mai. (Eig. Ber.) Noch etwas von den Hirschen. Wenn man in einer Diskussion die Hirsche so in die Enge getrieben hat, daß sie nicht mehr aus und ein wissen, dann prunken sie gern mit ihrem Unterstützungswesen, das viel besser sei als das der freien Gewerkschaften. Tatsächlich sind viele Arbeiter nur wegen der Krankenkasse dem Gewerkvereine beigetreten. Wie sehr auch dieser Vorteil illusorisch ist, hat ein Arbeiter in Holzweißig erfahren müssen. Sein Sohn lam mit einem andern Schulknaben auf dem Schulwege in Streit und trug eine Ausrenkung des Ellbogens davon, die ärztliche Behandlung nötig machte. Krankengeld ist von der Gewerkvereinskasse, der der Vater angehört, nicht bezahlt worden; auch die andern Unkosten für Verband usw. hat der Vater tragen müssen; nun soll er auch noch 12 Mk. für den Doktor bezahlen. Der Kassierer des Gewerkvereins weigert sich, das Geld herzugeben. Der Vater kann sich nun zwar an die Mutter des andern Knaben halten; aber diese ist gleichfalls arm.

So versagt der Gewerkverein nicht nur bei wirtschaftlichen Kämpfen, wie man es soeben erst wieder bei den streikenden Bergleuten im Zeitz-Weißenfelser Revier gesehen hat, sondern er läßt seine Mitglieder sogar bei der Krankenunterstützung im Stich. Wofür zahlen denn dann die Gewerkvereinler ihre Steuern?

Mühlberg, 15. Mai. Allgemeiner Konsum-Verein für Mühlberg und Umgegend. In der am vorigen Sonntag nachmittags 3 Uhr abgehaltenen General-Versammlung im Preußischen Hof erstattete der Geschäftsführer Genosse K. Wendt den Geschäftsbericht über das verflossene Vierteljahr. Aus dem ausführlichen Bericht war wieder zu ersehen, daß unser Verein auch in diesem Vierteljahr wieder vorwärts geschritten ist, gegen dasselbe Vierteljahr im Vorjahre. Der Umsatz im Hauptgeschäft und der Filiale Gostdorf betrug 14 140 Mk. gegen 10 230 Mk. in demselben Vierteljahre des Vorjahres, mithin ein Mehrumsatz von 3910 Mk. Die Mitgliederzahl stieg auf 278. Die Spareinlagen betrugen am 31. März 4309.68 Mk. Sodann wurde das bisherige Aufsichtsratsmitglied Genosse M. Mühlberg in den Vorstand gewählt, an dessen Stelle wurde Genosse E. Winkler in den Aufsichtsrat gewählt. Beim Punkt Statutenänderung wurden sämtliche Vorschläge der Verwaltung hierzu angenommen, da jedoch noch einige Paragraphen geändert werden sollen, soll dieser Punkt noch einmal in einer außerordentlichen General-Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bei der endgültigen Beschlußfassung der einzuführenden Sterbekasse wurde das von der Verwaltung hierzu ausgearbeitete Regulativ einstimmig angenommen. Die Sterbekasse soll am 1. Okt. 1907 in Kraft treten. Alle übrigen Punkte mußten, da die Zeit schon sehr weit vorgerückt war, von der Tagesordnung abgesetzt werden. Diese Versammlung soll am 27. Mai stattfinden. — Leider war die Versammlung sehr schwach besucht, und wäre es Pflicht eines jeden Mitgliedes, welches Interesse an der Entwicklung unseres Vereins hat, auch die Versammlungen besser zu besuchen.

Sandersdorf, 12. Mai. (Eig. Ber.) Der Streit zwischen dem Obersteiger Metz und dem Nachtwächter Triebel, der zur Folge hatte, daß letzterer sein Leben einbüßte, führte zu einer Strafkammerverhandlung vor dem Landgericht Halle gegen den Obersteiger wegen fahrlässiger Tötung. Ueber den Vorgang ist seinerzeit berichtet worden. Der Obersteiger, ein Maschinenwärter und Triebel hatten am Abend des 14. März auf der Grube Elsa bei Sandersdorf Karte gespielt, dabei Grog getrunken, wobei der Nachtwächter und der Obersteiger schließlich wegen des Vorwurfs, Triebel habe sich gelegentlich einmal einen Hasen angeeignet, in Streit geraten waren. Als der Obersteiger in seine am Kontor belegene Wohnung gehen wollte, sprang gegen 12 Uhr nachts des Nachtwächters Hund an ihm hoch, infolgedessen der Obersteiger, der doch selbst mit Karte gespielt hatte, zu dem Nachtwächter sagte, er hätte lieber den Hund füttern, als Karte spielen sollen. Darüber wurde der Nachtwächter erneut ärgerlich und schimpfte. Der Obersteiger gebot Ruhe und ging in sein Schlafzimmer. Triebel soll aber, so behauptet der Obersteiger, draußen weiter geschimpft und mit einem Beine gegen die Kontortür getreten haben. Obwohl Triebel, ein Mann von 60 Jahren, dem der rechte Arm bis zum Ellbogen fehlte, nicht allzu sehr zu fürchten war, will der Obersteiger doch vor ihm Angst gehabt haben, da Tr. sonst ein kräftiger Mann war. Der Obersteiger griff nach seinem Revolver, der geladen bereit lag, öffnete die Tür und wollte, wie er zuerst angab, um Triebel wegzujagen, wenn er auf ihn loskomme, einen Schreckschuß abgeben. Der Revolver war nicht gesichert. Als der Obersteiger die Tür öffnete, so behauptete dieser weiter — Triebel ist tot — sei Triebel auf ihn los gekommen, habe ihn an der Kehle gepackt und gekratzt. Bei der Abwehr habe sich der Revolver entladen und der Schuß sei dem Triebel in die linke Stirnseite gegangen. Nach der Tat will aber der Obersteiger gar keine Ahnung gehabt haben, daß er den Triebel getroffen hat. Der Obersteiger sprang zum Fenster hinaus und eilte halb angekleidet ins Dorf, um den Amtsdiener zu holen, dem er mitteilte, Triebel wolle ihn schlagen, der Amtsdiener möge eine Waffe mitbringen. Als aber nach einer guten halben Stunde der Amtsdiener mit umgeschnalltem Säbel und der Obersteiger wieder auf der Grube eintrafen, lag Triebel nur noch röchelnd auf der Türschwelle des Kontors. Aus dem Kopfe des alten Mannes quoll bereits die Gehirnmasse heraus. Man versuchte den in den letzten Zügen Liegenden Wasser einzuflößen und rief den Obergendarm. Der Obersteiger weinte, sagte, das habe er nicht beabsichtigt, und machte in seiner Angst sehr widersprechende Angaben. Erst sagte er, er habe in Notwehr gehandelt, da Triebel plötzlich auf ihn los gekommen sei, dann sagte er, er habe einen Schreckschuß nach der Decke abgegeben, bei dem Triebel getroffen sein könne, da dieser um einen Kopf größer als er gewesen sei. In der Verhandlung sagte er nun, Triebel habe ihm mit seinem rechten Armstumpf, nach dem Oeffnen der Tür, einen Stoß gegen die Brust versetzt und ihm mit der linken Hand gegen die Kehle gepackt, wovon nach der Tat vorhandene Kratzwunden am Halse Zeugnis legten. In der Abwehr könne er dann dem Nachtwächter mit dem Revolver einen Schlag gegen den Kopf versetzt haben, wobei sich die Waffe entladen haben könne. In der Beweis-Aufnahme wurde, wie das leider in solchen Fällen sehr häufig geschieht, der Angeklagte als ein braver Mensch bezeichnet, der stets mit einem guten Beispiele vorangegangen sei, während der Getötete — dessen Mund geschlossen ist — als ein etwas jähzorniger Mensch geschildert wurde, an dem manches auszusetzen sei. Nach der juristischen Lage des Falles glaubte der Staatsanwalt gezwungen zu sein, die Freisprechung beantragen zu müssen. Das Gericht erkannte demgemäß, da der Angeklagte in seiner Erregung nicht damit gerechnet habe, daß sich die Schußwaffe entladen würde.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Eine Besprechung der Konsum-Genossenschaften des Regierungsbezirks Merseburg fand am Sonntag statt. Es waren zirka 25 Vereine durch Verwaltungsmitglieder vertreten. Ueber Organisation und Agitation referierte Genosse Kurth. Er führte aus: Die Arbeiter, welche in den Konsumvereinen Beschäftigung finden, verlangen durch ihre gewerkschaftliche Organisationen von den Vereinen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von den Verwaltungen werde ihnen das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen. Andererseits müßte aber von den Gewerkschaften verlangt werden, daß sie ihre Mitglieder über Zweck und Ziele der Genossenschaften aufklären, um dieselben

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190605 16-15/fragment/page=0007

auf diese Art zu unterstützen. Redner skizziert sodann die Entwicklung der Konsumgenossenschaften und weist auf die verschiedenartigen Bekämpfungen hin, die von Krämern und Gesetzgebungs-Körperschaften geübt werden. Er führt hierzu verschiedene Beispiele an. Aus allen diesen geht hervor, daß die Konsumvereine des ganzen Bezirks sich enger zusammenschließen müssen, um die Angriffe der Gegner abzuwehren und die noch fernstehenden Arbeiter für die Genossenschaften zu interessieren. Für diesen Zweck sei am besten das Volksblatt geeignet, weil es im ganzen Bezirk verbreitet ist. Redner schlägt dann eine Anzahl Maßnahmen vor, welche Anregungen zur weiteren Agitation enthalten. Zu diesem Zweck sei eine Kommission zu wählen, welche die Agitation leitet; die nötigen Geldmittel müßten ihr natürlich zur Verfügung gestellt werden.

In der folgenden Debatte wurde den Ausführungen beigestimmt. Auch wurden viele Vorschläge und Erfahrungen zum besten gegeben. Es wird ferner befürwortet, daß, um den Einkauf besser zu gestalten, alle Vereine die Einkaufstage besuchen sollen. Auch wurde gewünscht, daß die Nachbarvereine sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen sollten, indem sie sich durch höhere Dividenden überbieten. Auch wurde angeführt, daß das Volksblatt mehr wie bisher für die Genossenschaften wirken möge, indem eine Rubrik Genossenschaftliches eingeführt wird. (Bereits seit Jahren besteht im Volksblatt die Rubrik: Aus der Genossenschaftsbewegung. Red.) Hierauf wurde die Bildung einer fünfgliedrigen Kommission beschlossen, zu welcher die Konsumvereine von Halle, Trotha, Schkeuditz, Dölau und Bitterfeld die Mitglieder stellen sollen. Die Vertreter des Giebichensteiner Konsumvereins lehnten ihre Beteiligung ab.

Ueber die Tarifverträge mit dem Verband der Handels- und Transportarbeiter referierte sodann Genosse Blenk. Redner stellte die Löhne, die heute in den Vereinen gezahlt werden, fest und vergleicht sie mit denen, die später nach dem neuen Tarif gezahlt werden müssen. Er geht auf die einzelnen Punkte näher ein und erklärt sich im allgemeinen für den Tarif. Nur die Lohnsätze für weibliche Arbeiter seien reformbedürftig. Auch die Zusammensetzung der Schiedsgerichte sei zu bemängeln. Redner ersucht, sich darüber klar zu werden, welche Stellung die Vereine auf dem Unterverbandstag in Nordhausen einnehmen wollen.

In der Diskussion erklärten die Redner, daß sie dem Tarif sympathisch gegenüber stehen, nur dürfen die Staffeln des Tarifs keine rückwirkende Kraft erhalten, sonst könnte er scheitern. Es wurde auch gewünscht, die Löhne der in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter zu verbessern, da sonst die Konsumvereine nicht konkurrenzfähig bleiben. Im übrigen sollen die Gewerkschaften ihre Pflicht gegen die Genossenschaften tun, diese werden dann schon ihr möglichstes tun. (14. 5.)

K. Sch.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Holzarbeiter! In Mannheim sind 400 Tischler wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten.

Die Glaser in Eisenach haben die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer auf einen eingereichten Tarif keine Antwort gegeben haben. Die in Betracht kommenden organisierten Holzarbeiter haben sich mit den Glasern solidarisch erklärt.

Ausland.

Frankreich. Die Achtstundenbewegung ist noch immer im Wachsen begriffen. In Paris ist der Kampf auf einer breiten Front unternommen, und noch immer schließen sich weitere Arbeitergruppen an. Die letzten Tage waren in Paris sehr bewegt, in Vaux-Hall und in der Arbeitsbörse fanden zahlreiche Versammlungen statt. Die Maurer, Bau- und Erdarbeiter stehen in der Zahl von ca. 40—45 000 im Streik; die Unternehmer lehnen jede Unterhandlung ab. Die Möbelbranche ist mit za. 7000 Tischlern und 2000 Bildhauern beteiligt; in der Elektro- und Automobil-Industrie sind ebenfalls Tausende von Arbeitern ausständig; ferner Goldschmiede, Maler usw., insgesamt in Paris gegen 170 000 Mann. Von den Metallarbeitern wollen in den nächsten Tagen noch mehrere Branchen in die Bewegung eintreten. — In der Provinz ist die Bewegung ebenfalls sehr stark, wie die Nachrichten, die aus allen Teilen des Landes einlaufen, bezeugen. In Brest sind elf Verhaftungen vorgenommen worden; in Toulon kam es zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und den Truppen. In Cerbere streiken 33 Orangesammlerinnen, weil einige der Frauen entlassen worden sind.

Wird auch das Ziel der Bewegung, nämlich der Achtstundentag, nicht überall, sondern wahrscheinlich nur in den wenigsten Fällen erreicht werden, so werden immerhin manche günstige Einzelresultate für die verschiedenen Arbeitergruppen erreicht werden. Schon jetzt ist mancher Erfolg zu verzeichnen. So haben die Buchdrucker in za. 250 Buchdruckereien ihre Forderung (sie hatten allerdings nur den Neunstundentag gefordert) bewilligt erhalten; mit ihnen zugleich die in den Druckereien beschäftigten Buchbinder und die Hilfsarbeiter. Die Coiffeure von Paris setzten wenigstens in einer großen Anzahl von Geschäften ihre langjährige Forderung auf Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages durch. Die Weißgerber von Grenoble erlangten den Neunstundentag ohne Reduzierung des Lohnes, während in vielen Industriezweigen nur eine Lohnerhöhung durchgesetzt werden konnte. In Marseille gelang es den Bäckern, eine Erhöhung von 25 Centimes pro Arbeitsschicht durchzusetzen; die Köche erlangten den Neunstundentag, eine Erhöhung des Lohnes und einen wöchentlich wiederkehrenden Ruhetag. Mag die Bewegung auch manche Opfer erfordern, im allgemeinen wird die französische Arbeiterschaft doch große Vorteile daraus ziehen. Dem Drängen nach Verkürzung der Arbeitszeit werden noch manche Unternehmergruppen, wenn auch nicht jetzt sofort, so doch in der nächsten Zukunft nachgeben müssen. Ferner dürfte die Bewegung als ein entschiedener Vorstoß zur Erlangung der Sonntagsruhe, bezw. eines wöchentliches Ruhetages zu betrachten sein.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 14. Mai.

Vorsitzender: Direktor Reuter; Ankläger: Staatsanwalt Comte.

Wegen Diebstahls waren drei Arbeiter von hier angeklagt, die einem Unternehmer von einem Wagen zwei Sack Mehl weggenommen und versucht hatten, diese Waren bei einem Händler zu verkaufen. Als der Händler merkte, daß das Mehl gestohlen war und sagte, die Angeklagten sollten machen, daß sie wegkommen, entgegneten die Angeklagten, der Händler solle so tun als wisse er nichts und der Polizei nichts sagen. Das Urteil gegen die Angeklagten lautete auf acht Monate, fünf Monate und vier Wochen Gefängnis.

Verworfen wurde die Berufung eines Musikerlehrlings von Bitterfeld, der vom dortigen Schöffengerichte wegen einer Reihe Diebstähle mit sieben Monaten und drei Wochen Gefängnis und wegen Mundraubes mit drei Tagen Haft bestraft worden ist. Er hat einer Witwe eine Menge Schmucksachen, Musikschülern kleine Geldbeiträge, ein Schlüsselbund und einem Konditor Schokolade und Backwaren entwendet.

Hinter verschlossenen Türen wurde verhandelt gegen einen Handlungsgehilfen von hier, der mit einem dreizehnjährigen Schulmädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen haben soll. Man erkannte auf die niedrigst zulässige Freiheitsstrafe.

Ein leichtsinniger Streich verhalf einen Zahnheilkundigen zu 3 Monaten Gefängnis. Der junge Mann ging eines Abends mit drei Damen in Grüns Weinrestaurant, machte eine Zeche von 17 M. und hatte kein Geld zum Zahlen. Als man ihn auf den Leib rückte, sagte er, er müsse ein Zwanzigmarkstück für ein Silbergeldstück ausgegeben haben. Seine Mutter werde alles bezahlen. Die unglückliche Mutter ist wegen des Streiches nervenkrank geworden.

Auch ein Hausfriedensbruch? Ein Hausdiener war eines Abends plötzlich von einem Saalinhaber aus der Stellung entlassen worden. Als der unglückliche Mensch nachts nicht wußte, wohin er sollte, ging er in das Haus seines Prinzipals zurück und verkroch sich, um Obdach zu haben, in dem im Saal befindlichen Souffleurkasten. Dort wurde er von einem Wächter der Wach- und Schließgesellschaft entdeckt. Das Schöffengericht erblickte hierin Hausfriedensbruch und verurteilte den jungen Mann zu 10 M. Geldstrafe.

Auf der elektrischen Bahn war ein Schlosser mit einem Motorwagenführer in Streit geraten, weil er für sein Kind auch einen Zehner Fahrgeld bezahlen sollte. Er beleidigte den Führer und muß dafür 20 M. Strafe bezahlen.

Verworfen wurden die Berufungen zweier Arbeiter, die vom Schöffengericht mit je 6 Monaten Gefängnis bestraft worden waren, weil sie auf der Suche nach Arbeit einen Schachtmeister mißhandelt hatten, der keinen Vorschuß zahlen wollte.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Ueber die abgehauene Hand darf nicht gesprochen werden. In Dresden wurde eine von zirka 1200 Personen besuchte Versammlung polizeilich aufgelöst, weil der als Referent erschienene Genosse Zimmer aus Breslau, der auch bei uns in Halle über die Breslauer Arbeitermetzelei gesprochen hat, in seiner Rede auch auf die beabsichtigte Metallarbeiter-Aussperrung und die abgehauene Hand in Breslau zu sprechen kam. Dies mochte dem überwachenden Polizeibeamten höchst unbequem und für den Staat höchst gefährlich erscheinen, weshalb er zur Auflösung schritt, die berechtigten Unwillen bei den Versammlungsteilnehmern hervorrief.

Versammlungsberichte.

Fachverein der Zimmerer, Halle. Am 28. April fand die 1. General-Versammlung 1906 des Fachvereins der Zimmerer statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Hampel in der üblichen Weise geehrt. Hierauf folgte die Abrechnung vom 1. Quartal 1906. Diese ergab eine Einnahme von 328.80 M., Ausgabe 524.98 M. Kassenbestand 1905 1091.13 M., bleibt Bestand 1. Quartal 1906 895.95 M. Da auf dem Bau Kutscher niemand mehr arbeitet, wird die Sperre über den Bau jetzt aufgehoben, sollte aber Kutscher den Bau fertigstellen, wird die Sperre sofort wieder verhängt. Unsere Vertreter in der Arbeiterschutz-Kommission geben bekannt, daß ihnen laut § 1 des neuen Regulativs des Gewerkschafts-Kartells das Recht abgesprochen wurde, sich an den Arbeiten der Kommission zu beteiligen, trotzdem ihnen das Lob zuteil wurde, die eifrigsten und tätigsten Mitarbeiter gewesen zu sein. Bezeichnend ist noch eine Ausführung vom Genossen Deege, indem er sagte: „Wenn der Fachverein der Zimmerer noch zu solchen Institutionen herangezogen wird, dieser noch keine Veranlassung hat, sich dem Verband anzuschließen." Der Bericht über die Verhandlungen des 7. Kongresses deutscher Gewerkschaften wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. In der letzten Versammlung waren die Kollegen Spatzier und Abelang wegen Sonntags- und Feierabendarbeit angeklagt und wurde das Verhalten derselben scharf gerügt. Es ergab sich aber in dieser Versammlung, daß die beiden Kollegen nicht anders handeln konnten; um die Arbeit fertigstellen zu können, mußten sie Ueberstunden machen, da kein Arbeitsloser vorhanden war. Dies wurde ihnen von verschiedenen Kollegen bestätigt. Den ausgesperrten Metallarbeitern in Hannover wurden 100 M. Unterstützung bewilligt. In einem Schreiben der Geschäftsleitung teilt uns diese mit, daß in der Versammlung am 12. Mai ein Referent aus Berlin nach hier kommt, um über die bekannten strittigen Punkte mit uns zu diskutieren. (12. 5.)

F. B.

Vermischtes.

*** Eine Tag und Nacht geöffnete Bank** ist die neueste Gründung der kapitalistischen Geldwirtschaft in Amerika. Es handelt sich um ein ganz ernsthaftes und sicher auch gut prosperierendes Unternehmen. Es kommt für die Bank in Betracht die Regulierung der noch nach Schluß der offiziellen Geschäftszeit abgeschlossenen gewöhnlichen Geschäfte, hauptsächlich aber will sie der Befriedigung der Bedürfnisse des Spielmarktes dienen. Glückliche Bankhalter können zu jeder Nachtstunde ihre Beute auf die Bank tragen, diejenigen, welche über den nötigen Kredit verfügen, am Spieltisch aber nicht Fortunens Huld sich erfreuten, haben nicht mehr nötig, Kellner anzupumpen oder sonst Ehrenschulden aufzunehmen, ein Gang zur Bank füllt die leeren Beutel. So können alle Geschäfte, die bei Nacht abgeschlossen werden, teilweise auch wohl das Tageslicht scheuen, die Vermittlung der Nachtbank in Anspruch nehmen. Aber auch den Damen kommt man mit der Bank entgegen. Der Ueberwachungssorge für Ball- und Theaterschmuck sind nun sie enthoben. Vor Beginn der Schaustellung der Geschmückten legen sie in besonderen Räumen der Bank die Dekorationsstücke an, wenn die Parade vorbei ist, werden Brillanten und Juwelen bei der Bank wieder in Sicherheit gebracht. So ist wiederum einem dringenden Bedürfnis abgeholfen.

*** Elektrische Gewinnung von Roheisen.** Nach einer Studienreise in Frankreich, Schweden und Italien hat sich eine von der kanadischen Regierung (Nordamerika) gebildete Kommission dahin ausgesprochen, die Gewinnung von Roheisen durch Elekrizität sei billiger als durch Hochöfen, sofern der elektrische Strom mit Hilfe von Wasserkraft gewonnen würde. Mit Hinblick auf die großen, noch unberührt daliegenden kanadischen Eisenerz-Lagerstätten, besonders in den Provinzen Ontario und Quebec, und auf die reichlich vorhandene Wasserkraft beschloß darauf die kanadische Regierung, in Sault St. Marie, am Ausfluß des oberen Sees in den Huronsee, Versuche mit der Roheisengewinnung durch Elektrizität anstellen zu lassen. Die Versuche haben ergeben, daß sich aus dem schwefelhaltigen Eisenerz, das in Kanada vorkommt, mit Hilfe des elektrischen Stromes brauchbares Roheisen billiger herstellen läßt als in Hochöfen unter Verwendung von Koks.

Letzte Nachrichten.

Hamburg, 15. Mai. Mit den Dampfern Montevideo und Eduard Woermann ging gestern ein neuer Truppen-Transport nach Südwestafrika ab in Stärke von 14 Offizieren, 270 Mann und 1000 Pferden.

London, 15. Mai. Die Arbeitslosen veranstalteten gestern große Straßendemonstrationen. Schließlich wurde im Hydepark ein Meeting veranstaltet, worin verschiedene Arbeiter-Vertreter Reden hielten.

Rom, 15. Mai. In Caligiari brachen gestern wegen der Lebensmittel-Teuerung ernste Unruhen aus. Die Menge begab sich nach dem Bahnhof, um sich mit Gewalt Lebensmittel zu verschaffen. **Truppen feuerten auf das Volk, zwei Personen blieben tot, zwölf wurden schwer verletzt, davon vier tödlich.**

Neapel, 15. Mai. Der Vesuv setzt neuerdings seine Tätigkeit fort. Er wirft rotglühende Asche und Sand aus. Gefahr ist nicht vorhanden.

Newyork, 15. Mai. Im ganzen Staate Connecticut wurde gestern ein heftiges Erdbeben verspürt, veranlaßt durch die Explosion des Pulvermagazins von Bridgeport. Viele umliegende Häuser wurden zerstört, zahlreiche Personen verletzt. 800 Personen sind obdachlos.

Revolution in Rußland.

Warschau, 15. Mai. Gestern abend wurde gegen den wegen seiner Verfolgungen sehr verhaßten Polizeikommissargehilfen Hauptmann Konstantinoff eine Bombe geschleudert. Konstantinoff wurde getötet und schrecklich zerrissen. Der Attentäter, obwohl verletzt, suchte zu entkommen und feuerte auf die ihn verfolgenden Soldaten, von denen einige verletzt wurden. Von zu Hilfe herbeieilenden Mannschaften einer Patrouille wurden Salven auf das Publikum gegeben, durch die **3 Männer getötet, 19 Personen schwer verletzt wurden.**

Riga, 15. Mai. Nachdem die Streikenden im Laufe des Nachmittags die telegraphische Verbindung Riga-Petersburg und Riga-Berlin zerstört hatten und die Schließung der Läden, sowie die Einstellung des Straßenbahnverkehrs erzwungen hatten, schritt Militär ein und nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

Briefkasten der Redaktion.

Fr. H. Die Gesamtzahl der auf der Erde lebenden Juden wird auf reichlich elf Millionen Köpfe einschließlich der Kinder angegeben. Davon leben etwa 5 Millionen in Rußland, 4 Millionen in den andern europäischen Staaten, 1 1/3 Mill. in Amerika, ½ Million in Asien, 1/8 Million in Afrika und 20 000 in Australien. Von den europäischen Staaten zählen Oestreich etwa 1¼ Millionen Juden, Ungarn ¾ Millionen, Deutschland 600 000, England 300 000, Rumänien 270 000, Türkei 200 000, Holland und Frankreich je 100 000, Italien 40 000. Der Rest verteilt sich auf die andern Staaten.

G. F. und M. G. 1. Der Redaktion war mitgeteilt worden, daß die Beerdigung auf dem Nordfriedhofe stattfinde. Deshalb war diese leider irrige Angabe in der Notiz gemacht worden. 2. Die Scherzfrage: Warum schabt man den Käse? weil er keine Federn hat, sonst würde man ihn rupfen — ist schon etwas ältlichen Datums.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 12. Mai.

Aufgeboten: Theater- und Gewandhausorchestermitglied Weigelt und Gertrud Sergel (Mittelstraße 15). Baugehilfe Moll und Luise Gromeyer (Halle und Tangermünde). Tischlergeselle Bröfel und Martha Dietrich (Halle und Burgsdorf). Bergmann Kirchberg und Anna Ernst (Burgörner).

Eheschließungen: Bäckermeister Möbius und Lina Steinbiß (Merseburgerstraße 148 und Goethestraße 14). Arbeiter Möbius und Luise Schneider (Weingärten 33). Kaufmann Hermannes und Rosa Müller (Apolda und Wörmlitzerstraße 19). Ingenieur Donner und Marie Schmidt (Germarstraße 5 und 2). Former Spengler und Martha Geisel (Torstraße 24 und Mittelwache 1). Handarbeiter Janik und Martha Voigt (Große Klausstraße 12). Ingenieur Reinhardt und Minna Bosse (Schöneberg und Niemeyerstraße 26). Bankbeamter Beck und Marie Weigelt (Hochstraße 6). Schlosser Brömmel und Emilie Brömme (Parkstr. 23 und Albert Schmidtstraße 4).

Geboren: Oberpostassistenten Lorenz T. (Forsterstraße 12). Gelbgießer Frommann T. (Merseburgerstraße 113). Metalldreher Schumann S. (Dieskauerstraße 11c). Gepr. Lokomotivheizer Richter S. (Forsterstraße 23). Arbeiter Müller S. (Schützenstraße 15). Maurer Berger T. (Bergstraße 5). Bahnarbeiter Krause S. (Jakobstraße 46).

Gestorben: Friederike Stoye, 74 J. (Große Steinstraße 42). Klara Thieme, 30 J. (Klinik). Stellmacher Biebert, 42 J. (St. Elisabeth-Krankenhaus). Oberpostassistenten Pabst S., 6 J. (Rudolf Haymstraße 13). Magistratsbote Haase, 40 J. (Zwingerstraße 10). Händler Schmidt, 66 J. (Klinik). Arbeiters Klaus S., 7 J. (Schlosserstraße 13). Privatmann Emanuel, 70 J. (Hedwigstraße 7).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 12. Mai.

Aufgeboten: Techniker Andre u. Minna Euricht (Leipzig-Plagwitz u. Reilstr. 41).

Eheschließungen: Schlosser Hankel u. Helene Peters (Gr. Brunnenstr. 49 u. Seydlitzstr. 4). Arbeiter Graßnick u. Marie Stolle (Weißenburgstr. 8). Arbeiter Schaaf u. Klara Naumann geb. Pabst (Fichtestr. 9). Maurer Weiske u. Marie Schnabel (Talstr. 19 u. Wörthstr. 3). Arbeiter Engelhardt u. Helene Brose (Gr. Wallstr. 15 u. Saalwerderstr. 7). Arbeiter Hübner und Emma Krause (Trothaerstr. 55 u. 17). Kupferschmied Süße und Anna Schelke (Trothaerstr. 8a).

Geboren: Arbeiter Krebs T. (Gr. Brunnenstr. 15). Lehrer Sommer S. (Viktoriastr. 39). Maurer Schmidt S. (Oppinerstraße 2). Briefträger Blume S. (Triftstr. 9).

Gestorben: Rentiere Klee geb. Bohle, 83 J. (Rich. Wagnerstraße 29). Zimmermans Bruder S., 11 Mon. (Ludw. Wuchererstraße 32). Stadtbahn-Wagenführers Sündorf S., totgeboren (Wilhelmstr. 4). Bergmanns Schmidt aus Walbeck S., 2 J. (Nervenklinik).

Zeitz, vom 30. April bis 6. Mai.

Eheschließungen: Schleifer Laage und Luise Kohlschreiber. Schleifer Schache und Veronika Taschke. Schlosser Nack und Katharina Reindl. Handschuhmacher Kock und gesch. Höring geb. Naumann. Tischler Otto und Lina Heimann. Kantor Galander in Bösdorf und Anna Rose. Schmied Scherf und Fanny Melzer. Fabrikant Dinger und Marie Wächter. Praktikant Leuschner und Helene Scheithauer. Arbeiter Tümpel und Anna Dölz. Drogist Emanuel in Bitterfeld und Anna Vollrath. Kaufmann Thomä und Emma Musgiller.

Geboren: Schuhmachermeister Kühling S. Schlosser Unbereit T. Maler Weisheit S. Kesselschmied Herbst T. Schmied Lehmann T. Korbmacher Hartenstein T. Arbeiter Grunert T. Lackierer Seidler S. Techniker Staude S. Drechslermeister Kroll S. Maurer Penndorf T. Oberlehrer Rathmann S. Arbeiter Mahlich T. Arbeiter Hauschild T. Lackierer Haase T. Drechsler Kleeberg S. Ingenieur Linke S. Geschäftsführer Grimm S. Arbeiter Büttner S. Arbeiter Rast T. Kaufmann Schirmer T. Fabrikant Haller S. Schleifer Schache S.

Gestorben: Ella Wölfel, 1 J. Anna Sollwedel, 8 J. Glasermeister Trommer, 57 J. Schlossers Mäder T., totgeb. Nagelschmied Heller, 69 J. Johanna Fleischmann, 1 J. Witwe Keinitz geb. Beyer, 74 J. Bildhauer August zu Rasberg, 48 J. Amalie Jüdicke aus Streckau, 78 J. Witwe Ehrhardt geb. Bank, 65 J.

Quittung.

Hohenmölsen. Für die streikenden Bergarbeiter gingen ein: Gustavus-Altenburg 20 Mk., Hugo Reck-Altenburg 10 Mk., Geschäft Ernst Kuhn 50 Mk., Hermann Schmidt 10 Mk., Ernst Kuhn 10 Mk., F. K.-Zetzsch 2 Mk., A. Bl.-Rössuln 5 Mk., Tzschorsche. Frz. 10 Mk., M. H.-Hohenmölsen 10 Mk., Firma B. Schirmer 30 Mk., W. G., Buchhalter 1 Mk., Firma Gustav Gentsch-Gera 50 Mk. Bereits quittiert 83.10 Mk. In Summa 281.10 Mk. Allen Gebern besten Dank.

Streikbureau Hohenmölsen. H. D.

Verantwortlicher Redakteur: A. Molkenbuhr in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621906051 6-15/fragment/page=0008